

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Heinrich Uhlig

9. November 1938

Herbert H. Freedon

Jüdisches Theater  
im Dritten Reich

B 45/63

6. November 1963

Heinrich Uhlig, Dr. phil., geb. 28. August 1911, freier Schriftsteller, ständiger Mitarbeiter von Rundfunkanstalten und Zeitschriften. Arbeitsgebiete: Zeit- und Wirtschaftsgeschichte, Politische Wissenschaften, Forschungen zum deutsch-französischen Verhältnis, Geographie. Buchveröffentlichung u. a.: Die Warenhäuser im Dritten Reich, Opladen 1956.

Herbert H. Freedens, Dr. phil., Schriftsteller und Journalist, Leiter der Presseabteilung des Jüdischen Nationalfonds. Geb. 22. Januar 1909, studierte in Göttingen, Berlin und München, lebt heute in Jerusalem.

Buchveröffentlichungen: The Invisible Link, 1936; A Ship on its Way, 1938; The Everlasting Nay, 1944; Grist to God's Mill, 1947; A Jewish Theatre under the Swastika, 1960.

Das letztgenannte Buch Freedens, das die Arbeit des Theaters des Jüdischen Kulturbundes in den Jahren 1933 bis 1941 zum Gegenstand hat, erscheint in Kürze bei J. C. B. Mohr, Tübingen, in deutscher Sprache. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages drucken wir daraus als zweiten Beitrag dieser Ausgabe die Darstellung der Vorgänge um den 9. November 1938 ab.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten richten Sie bitte an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## „Der nackten Gewalt und der Feigheit begegnet . . .“

9. November 1938

Vor 25 Jahren, am Morgen des 7. Novembers 1938, verlangte ein unscheinbarer junger Mann den deutschen Botschafter in Paris zu sprechen. Er trug eine eben erst gekaufte Pistole geladen in der Tasche. Da man ihn zu dem Legationssekretär vom Rath schickte, schoß er statt des Botschafters diesen nieder. Bei der Festnahme erklärte der Attentäter Herschel Grünspan: „Ich wollte meine Eltern rächen!“

Vier Tage vor dem Attentat hatte Grünspan erfahren, daß seine seit 27 Jahren in Hannover ansässigen Eltern wegen ihrer polnischen Staatsangehörigkeit von der Gestapo über Nacht abgeschoben worden seien. Mit 17 000 jüdischen Leidensgenossen hatte man sie am 28. Oktober 1938, mittellos, zu Fuß über die deutsche Ostgrenze gejagt, bevor die überraschten Polen ihrerseits alle Zugänge versperrten. Weitere Zehntausende mußten daraufhin wieder in ihre Wohnorte zurücktransportiert werden.

**Wohin mit den Juden?**

Die Hintergründe dieser nur teilweise gelungenen Judenvertreibung kennen wir aus einem Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939<sup>1)</sup>. Es sind auch die Hintergründe des großen Pogroms am 9. und 10. November.

Am 31. Oktober 1938 trat eine neue polnische Paßverordnung in Kraft. Sie entzog allen polnischen Staatsbürgern, die länger als fünf Jahre ihren Wohnsitz im Ausland hatten, die Staatsangehörigkeit, sofern sie nicht innerhalb einer bestimmten Frist in ihr Heimatland zurückkehrten. Zu dieser Gruppe von demnächst staatenlosen Polen gehörten rund 60 000 in Deutschland ansässige Juden. Diese Aussicht versetzte die nationalsozialistischen Rassenpolitiker in große Aufregung.

Oberstes Ziel der nationalsozialistischen Rassenpolitik war seit 1933 die forcierte Auswanderung aller Juden. Bis Herbst 1938 hatten jedoch „erst“ 170 000 Juden das Dritte Reich

verlassen. Nach Österreichs Anschluß stieg die Zahl der in Deutschland Verbliebenen sogar wieder über den Stand von 1933 auf etwa 700 000. Darunter befand sich ohne Zweifel ein erheblicher Prozentsatz von Auswanderungswilligen, aber dasselbe Dritte Reich, das sobald wie möglich „judenfrei“ sein wollte, verlegte den Weg über die Grenze durch eine generelle Vermögenssperre, die für Auswanderer praktisch die Konfiskation bedeutete. Lediglich in einigen Ausnahmefällen gestattete die Reichsregierung aus wirtschaftspolitischen Erwägungen den Transfer von Kapitalien oder von Verkaufserlösen aus „arisierten“ Betrieben, z. B. den Inhabern der Warenhaus-Unternehmen Leonhard Tietz AG. und Schocken AG.

Fast alle ausländischen Staaten lehnten die Aufnahme mittelloser jüdischer Emigranten ab. Eine von Präsident Roosevelt schon im Jahre 1936 angeregte internationale Konferenz zur Beratung von Hilfsmaßnahmen forderte von der Reichsregierung vergebens die Vermögensfreigabe für Auswanderungswillige. Hitler lehnte ab; denn er betrachtete den jüdischen Besitz als ergaunertes Gut, als unabdingbaren Teil des deutschen Volksvermögens. Jener Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939 kommentierte das Ansinnen der fremden Staaten auf wenigstens teilweise Freigabe des jüdischen Eigentums mit den bezeichnenden Worten: „Deutschland sollte also die Abwanderung seiner 700 000 Juden mit der Preisgabe deutschen Volksvermögens erkaufen.“

Aber selbst wenn Hitler gewollt hätte, wäre er dazu kaum imstande gewesen infolge des chronischen deutschen Devisenmangels. Der Mangel an ausländischen Zahlungsmitteln war so groß, daß er sogar den Bezug von exportwichtigen Rohstoffen blockierte. Und die Reichsmark hatte schon seit langem den Charakter einer konvertierbaren Währung eingebüßt. Die wirtschaftliche und währungspolitische Entwicklung in Deutschland trieb seit Beginn der eigentlichen Kriegsrüstungen (1936) einer ernstesten Krise zu. Auch das gehört zu den Hintergründen jener „Reichskristallnacht“. Im Zusammenhang mit der großen Kontri-

1) Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 25. 1. 1939 an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen im Ausland (abgedruckt in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B 46/54, 17. Nov. 1954, S. 603 ff)

bution wird davon noch eingehender zu berichten sein.

Wer von den Juden Deutschland in jenen Jahren verlassen und noch rechtzeitig in der Fremde Zuflucht finden konnte, hatte dies im wesentlichen einflußreichen Verwandten, Freunden oder Gönnern zu verdanken, die im Gastland Bürgschaft leisteten. Die von Hitler und seinen Gesinnungsgenossen angestrebte entschädigungslose Massenabwanderung kam nicht zuwege, so gern man sie auch gesehen hätte.

### **Das Leben in Deutschland verleiden!**

In dieser festgefahrenen Lage kamen Herschel Grüns pans Schüsse wie gerufen. Legte man ihnen den passenden Sinn unter, so wiesen sie den Weg zu einem gelenkten Terror, der den Juden das Leben in Deutschland rasch und nachhaltig verleiden mußte.

In einer geheimgehaltenen Ansprache soll Goebbels schon am 10. Juni 1938 vor Angehörigen der Berliner Polizei erklärt haben: „In dem kommenden halben Jahr müssen die Juden gezwungen werden, Berlin zu verlassen. Die Polizei soll dabei Hand in Hand mit der Partei arbeiten.“

Der parteiamtliche „Völkische Beobachter“ gab am 8. November 1938, gleichzeitig mit der groß aufgemachten Nachricht von dem Pariser Attentat, das Signal für die neue antisemitische Welle. Er schrieb:

„Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ‚ausländische‘ Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen . . .“

Die Hetze trug am Abend des 8. Novembers ihre ersten Früchte. Vor allem in Hessen und in Magdeburg-Anhalt wurden Juden mißhandelt, Geschäfte beschädigt, Synagogen in Brand gesteckt. Tags darauf meldete der „Völkische Beobachter“ triumphierend und ermunternd:

„Als Antwort auf die Provokation von Paris, die feige jüdische Mordtat, ist es in Kurhessen zu erheblichen spontanen Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Juden gekommen.“

Voll düsterer Ahnungen schrieb ein Münchner Kaufmann in sein Tagebuch: „Der Kreis der nichtjüdischen Freunde wird kleiner von Tag zu Tag, und es beginnt sich eine Entwicklung

abzuzeichnen, nach der wir bald in einem unsichtbaren Ghetto leben werden. . . . Die Stimmung für den 9. November verschlechtert sich. In Paris soll ein Jude auf einen Beamten der deutschen Botschaft geschossen haben . . . Es werden Sühnemaßnahmen verlangt, Sühnemaßnahmen an uns, die wir uns nur fürchten . . . Wir Juden fürchten jetzt den 9. November, den großen Feiertag der Partei . . . , die erregte Atmosphäre der aufgestachelten nationalen Leidenschaften . . . Am Abend des Neunten brachte der Rundfunk Ausschnitte aus den Volkskundgebungen gegen das sogenannte jüdische Mörderpack, und aus dem Lautsprecher drangen die Stimmen wie das Gebell tollwütiger Hunde.“<sup>2)</sup>

### **Befohlener Terror**

Beim Treffen der alten Parteigarde im Münchner Alten Rathaussaal erhielt Hitler am 9. November gegen neun Uhr abends die Nachricht vom Tod des Legationssekretärs Ernst vom Rath. Darauf sprach er sehr leise und eindringlich mit dem neben ihm sitzenden Goebbels. Ohne die traditionelle Rede zu halten, verließ Hitler dann den Saal. Von dem, was nun kam, wollte das Staatsoberhaupt des „Großdeutschen Reiches“ offiziell nichts wissen.

Goebbels forderte nach Hitlers Weggang für den Tod des jungen Diplomaten in zügelloser Hetzrede Vergeltung an den deutschen Juden. Die Partei und ihre Formationen sollten den Pogrom organisieren und durchführen, aber nur in Zivil und so getarnt, als seien es anonyme Volksmassen. Anschließend gaben die Gauleiter und SA-Führer gegen halb elf Uhr telefonisch ihre ersten Befehle zur Durchführung des Pogroms durch. Sie sind zum großen Teil noch im Originaltext erhalten<sup>3)</sup>. Allerdings hielt sich die SA nur zum Teil an die Aufforderung, „Räuberzivil“ anzulegen. Vielfach rückte sie geschlossen in Uniform aus.

Kurz nach Mitternacht wurden sämtliche Dienststellen der Geheimen Staatspolizei im Reich durch Fernschreiber verständigt: „Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören . . . Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20 000 bis 30 000 Juden im Reich. Es

2) J. Littner: „Aufzeichnungen aus einem Erdloch.“ München 1948, S. 20 f

3) Vgl. H. Graml: „Der 9. November 1938“ (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Heft 2) S. 36 ff; „Aus Politik und Zeitgeschichte“ a. a. O. S. 601 f

sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.“<sup>4)</sup>

Um diese Zeit traf Hitler mit Himmler, dem obersten Chef der Gestapo und der Ordnungspolizei zusammen. Anschließend gab Heydrich in Himmlers Namen weitere fernschriftliche Anordnungen. Danach sollte die Gestapo nichts ohne vorherige Absprache mit den zuständigen Parteinstanzen unternehmen. Es sollte auch dafür gesorgt werden, daß bei den Terrormaßnahmen (Brandstiftungen usw.) weder deutsches Leben noch Eigentum in Gefahr gerieten.

### Die Nacht in München

In München, unter den Augen der obersten Partei- und Staatsführung, spielte sich während der Nacht vom 9. auf 10. November folgendes ab:

Nach dem Brandbuch der Städtischen Feuerwehr kam der erste Feueralarm am 9. November 23.59 Uhr. Terroristen hatten das Schaufenster eines Textilgeschäftes in der Augustenstraße zerschlagen und die Auslagen in Brand gesteckt. Der Eintrag vermerkt als Brandursache: „Antijüdische Kundgebung“. Drei Minuten später kam Großalarm von der bereits lichterloh brennenden Synagoge. Die Feuerwehr rückte nach und nach mit fünf Löschzügen aus, da der Brandmeister höchste Explosionsgefahr meldete und das Feuer auf das benachbarte Schulhaus der Israelitischen Kultusgemeinde übergriff. SA schürte den Brand mit Benzin und zerschnitt die Schläuche des ersten Löschzuges<sup>5)</sup> Zwischen zwei und drei Uhr nachts bekämpfte die Feuerwehr vier weitere Brände in zwei großen Geschäften nahe dem Marienplatz, im Betsaal der jüdischen Gemeinde und in der Villa eines jüdischen Fabrikanten, die — im Innern völlig zerstört — bis auf die Fundamente niederbrannte. Die zum Löschen und Helfen herbeigeeilten Nachbarn wurden vertrieben. Die zu Hilfe gerufene Polizei blieb untätig, als sie erkannte, wer die Terroranschläge leitete und durchführte.

Aber es geschah weit Schlimmeres. Gegen zwei Uhr morgens meldete man Goebbels den ersten Mord in München und schlug vor, mit einem Befehl gegen derartige Exzesse einzuschreiten. Nach den später eingeleiteten Untersuchungen des Obersten Parteigerichts

4) „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reichs“. („Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 45/54, 10. Nov. 1954, S. 581 ff)

5) Mitteilungen des Städtischen Branddirektors Thürauf an Verf., schriftliche Aussage des Hausmeisters der Israelitischen Kultusgemeinde Jos. Eitlhuber v. 10. Dez. 1945.

der NSDAP hat Goebbels erklärt, der Melder solle sich wegen eines toten Juden doch nicht so aufregen. In den nächsten Tagen würden noch Tausende daran glauben müssen. Das Gericht stellte fest: „Zu diesem Zeitpunkt hätten sich die meisten Tötungen durch eine ergänzende Anordnung noch verhindern lassen.“<sup>6)</sup>

Daß von den Verantwortlichen Mord und Totschlag als „Betriebsunfälle“ von Anfang an einkalkuliert waren, hat nicht nur der zynische Goebbels ausgeplaudert. Andere sagten es sogar in aller Öffentlichkeit. Der Gauleiter und Innenminister Adolf Wagner hielt am 11. November vor Tausenden im Zirkus Krone eine Rede. Nach dem Bericht des „Völkischen Beobachters“ erklärte der für öffentliche Sicherheit und Ordnung in Bayern verantwortliche Mann:

„Wir sind bei dieser Gelegenheit die letzte Synagoge und den letzten Betsaal der Juden in München losgeworden. Schließlich sind die Judengeschäfte geschlossen und ganz ordnungsgemäß die Juden verhaftet worden, die schon lange (sic!) hierfür in Aussicht genommen waren. Wenn bei diesen Ereignissen ein polnischer Jude sein Leben lassen mußte, so nur deshalb, weil er sich anmaßte, sich in deutsche Angelegenheiten einmischen zu können.“<sup>6a)</sup>

Welche Unverfrorenheit, Brandstiftung, Hausfriedensbruch, Mißhandlung Wehrloser, mutwilliges Zerstören als „deutsche Angelegenheiten“ zu bezeichnen und damit einen politischen Mord entschuldigen zu wollen! Was blieb dann noch an Rechtfertigungsgründen für einen Pogrom, der als „Vergeltung“ für das Attentat an einem jungen unbekanntem Diplomaten aufgezogen war?

Der rüde Gauleiter hat in den folgenden Tagen und Wochen feststellen müssen, daß nur ein kleiner Teil von Münchens Bevölkerung den Pogrom billigte, daß die meisten diesen Terror mit Abscheu und Erregung sahen. Wie aus den im Anhang abgedruckten Lageberichten hervorgeht, ebte die Erregung in München und in vielen Orten Oberbayerns erst nach Wochen und Monaten wieder ab. Die Partei hat mit diesen Exzessen wohl in keiner anderen großen Stadt mehr von ihrem Prestige eingebüßt als ausgerechnet in der sogenannten „Hauptstadt der Bewegung“.

Unter der Schlagzeile: „Empörung gegen die jüdische Mordtat. Spontane Kundgebungen — jüdische Geschäfte zerstört“ zogen die

6) „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reichs“, a. a. O.

6a) „Völkischer Beobachter“, Münchner Ausgabe v. 12. 11. 1938

„Münchener Neuesten Nachrichten“ am 11. November 1938 Bilanz im Stile jener Zeit:

„Wie in anderen deutschen Städten, hat sich auch in der Hauptstadt der Bewegung der Ingrimms des Volkes über den feigen Meuchelmord an Gesandtschaftsrat vom Rath in Paris in spontanen Kundgebungen und Aktionen gegen das Judentum Luft gemacht. Des Volkes Zorn nahm Vergeltung an den jüdischen Unternehmungen. In erster Linie richtete er sich gegen die jüdischen Ladengeschäfte, denen größtenteils sämtliche Fenster eingeschlagen wurden; auch Fenster im ersten Stock gingen durch Steinwürfe in Scherben. Zum Teil wurden die Eingänge zu den Geschäften demoliert; in einzelnen Fällen auch die Inneneinrichtung. Von den Geschäften, die die verbrecherische Tat des jüdischen Mordbuben büßen mußten, seien erwähnt: in der Neuhäuser Straße und Kaufingerstraße das Galanteriewarengeschäft Salberg, das Musikhaus Koch, das Schuhgeschäft Speier und das Uhren-, Gold- und Silberwarengeschäft Silberthau; in der Wein- und Theaterstraße das Wäsche- und Ausstattungsgeschäft Gerstle und Löffler, das Stoffgeschäft Meyer und Lissmann, die Niederlage des Schuhhauses Speier und das Spitzen-, Wäsche- und Gardinenhaus Rosa Klauber, am Karlsplatz das Modehaus Hinzelmann, früher Josephson, am Rindermarkt das Damenhutgeschäft Tauber und in der Sendlinger Straße das Putzgeschäft Rothschild. Dem großen Einrichtungs-, Teppich-, Antiquitäten- und Kunstgeschäft Bernheimer<sup>6b)</sup> widerfuhr das gleiche Schicksal, ebenso dem Warenhaus Uhlfelder im Rosental. Auch am Bankhaus Aufhäuser in der Löwengrube wurden die Fenster hinter den Eisengittern eingeschlagen. Ähnlich erging es den jüdischen Geschäften im Tal, im Gärtnerplatzviertel usw. Die Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße wurde ein Raub der Flammen. Die Feuerwehr mußte sich in der Hauptsache darauf beschränken, ein Übergreifen des Feuers auf die benachbarten Gebäude zu verhindern. Am frühen Morgen mußten die Straßen von den vielen Scherben gesäubert werden. ... Im Laufe des Tages wurden die jüdischen Geschäfte verhängt oder mit Bret-

6b) Gauleiter Wagner hatte in seinem Bericht an Bormann (21. Nov. 1938) ausdrücklich vermerkt: „Auch aus dem Geschäft Bernheimer ist nichts gestohlen worden“, und hinzugefügt, Hermann Göring lege großen Wert darauf, daß dieses internationale bekannte Haus erhalten bleibe. In seinem Buch: „Von Juden in München“ berichtet Lamm, Göring habe noch 1936 bei Bernheimer zwei Teppiche im Werte von mehreren Millionen Mark gekauft, sich aber nach der „Reichskristallnacht“ bei seinem Geschäftspartner durch eine üble Erpressung „revanchiert“

tern zugeschlagen. Allenthalben wurden Plakate mit der Aufschrift „Jüdisches Geschäft“ angebracht.“

Von dem unschuldig Erschlagenen, von den zu Hunderten Verhafteten und nach Dachau Verschleppten, von den Mißhandelten, Verzweifelten, die mit aufgeschnittenen Pulsadern in Krankenhäusern und Kliniken lagen, schweigt der Bericht.

Davon schweigt auch der eifrig schönfärbende dienstliche Bericht des Gauleiters und bayerischen Innenministers Adolf Wagner an den Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann:

„Bei der Aktion gegen die Juden hat sich in München alles in tadelloser Disziplin abgespielt. Es wurde nicht gestohlen und nichts geräubert. Außer Fensterscheiben, Glasaufsätzen und Spiegeln sind nur geringe Werte zerstört worden. Selbst Auslagen-Gegenstände, die auf den Gehsteigen lagen, wurden weder von den aktiv Handelnden noch von den Passanten entwendet. Noch nicht einmal Lebensmittel, obwohl sie offen dalagen, wurden mitgenommen.“

Da nicht abzusehen war, wie weit die Aktion gegen die Juden sich überhaupt und insbesondere auf die Wohnungen der Juden fortsetzen würde, habe ich angeordnet, daß die in jüdischem Privatbesitz befindlichen Kultur- und Kunstwerke sichergestellt werden.“<sup>7)</sup>

Das von Wagner geleitete Innenministerium hatte allerdings dem bayerischen Ministerpräsidenten schon am 10. November melden müssen, daß es doch, wenn auch vereinzelt, zu Plünderungen gekommen sei — keineswegs in München allein.

Wertvolle Aufschlüsse über Umfang und Art der Terroraktionen in Bayern sowie über die z. T. stark ablehnende Reaktion der Bevölkerung geben die im Dokumentenanhang veröffentlichten Auszüge aus den vertraulichen Lageberichten der bayerischen Regierungspräsidenten.

### Die Nacht in Berlin

„Ein böses Rot breitet sich von der brennenden Synagoge über die Häuser — ein Mene-tekel! ... Das Ganze ging auf eine besonders abstoßende Weise diszipliniert vor sich, ganz und gar nicht tollwütig und spontan — es wirkte wie ein beklemmendes Bühnenstück ... ich sah, wie an der Ecke vor einem großen Kaufhaus mehrere Burschen ein Mädchen zusammenschlugen. Die lag schluchzend am Boden. Ich sah es nur sekundenlang. Menschen drängten sich heran, darunter viele Männer.“

7) Akten der Bayerischen Staatskanzlei, MA 1957, Fasz. 178 (Geheimes Staatsarchiv, München)

Keiner entrüstete sich, keiner kam ihr zu Hilfe. Etwas schnürte mir die Kehle zusammen, daß ich dachte, ich müßte ersticken oder laut schreien. Ich war der nackten Gewalt und der Feigheit begegnet.“<sup>8)</sup>

So hat Ursula v. Kardorff, die bekannte deutsche Publizistin, den Abend des 9. Novembers 1938 in Erinnerung.

Wer den Schnappschuß eines geschickten Fotografen aus jenen Tagen gesehen hat, wird die Szene nie wieder vergessen: Zwischen bärenstarken gestiefelten Polizisten läuft mit erhobenen Händen, nur mit Hemd und Unterhose bekleidet, ein schwächlicher Mann Spießruten durch die belebte Innenstadt, vor der Brust ein großes Schild mit der Aufschrift: „Ich werde mich nie wieder über die Polizei beschweren.“ —

Mit freundlicher Genehmigung der Wiener Library in London<sup>9)</sup> veröffentlichen wir nun erstmals im Auszug den Erlebnisbericht von Frau A., der Gattin eines angesehenen jüdischen Arztes:

„Am 9. November hatten wir Besuch zum Abendessen: einen deutschen Nichtjuden, der mit einer Amerikanerin verheiratet war. Er verabschiedete sich ungefähr um 11 Uhr, und als wir ihn zur Haustür begleiteten, sahen wir, daß die Straße sehr belebt war; es fuhren viele Lastwagen mit Männern in Naziuniformen vorüber, und gegenüber im Haus der Presse war ein ständiges Kommen und Gehen. Unser Freund bot sich an, bei uns zu bleiben, für den Fall, daß wir Schutz brauchten, aber mein Mann hielt das nicht für notwendig. Wir gingen nach oben zurück und räumten Obst und Zigaretten vom Tisch; da hörten wir in der Nähe Schüsse fallen und sahen in der Entfernung Feuer brennen.

Um 11.45 Uhr schellte es an unserer Wohnungstür. Es war Frau X., die Frau des Besitzers eines jüdischen Restaurants, das sich einige Häuser von dem unsrigen entfernt befand. Sie suchte Behandlung und Zuflucht. In unklaren Sätzen berichtete sie, daß Nazi-horden in ihr Haus eingedrungen waren. Ihr Mann hatte die Flucht ergriffen. Die uniformierten Männer hatten ihre große Kaffeemaschine umgestürzt; und diese war auf sie gefallen. Als es ihr mit Hilfe ihrer Angestellten gelungen war aufzustehen, hatte sie Wunden auf der Stirn, und mehrere Zähne waren ausgebrochen. . . .

8) „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. 11. 1950

9) Archiv der Wiener Library - London. (Nr. P II d. No. 772). Kleinere, im wesentlichen aus stilistischen Gründen vorgenommene Kürzungen sind nicht gekennzeichnet

Wir bereiteten ihr eine Lagerstatt auf dem Diwan im Sprechzimmer meines Mannes und begaben uns um etwa 12.15 Uhr nach oben. Kaum waren wir dort angelangt, als es heftig an unserer Haustür schellte. Ein Blick durch die Fenstergardinen zeigte uns, daß sich eine große Anzahl schwarz-uniformierter Männer vor unserem Hause ansammelte. Wir beschloßen, nicht zu öffnen. Kurz darauf wurde die schwere Haustür mit all den Schaftstiefeln eingetreten. Wir gingen daraufhin hinunter. Im Eingang zu unseren Privaträumen stehend, zählte ich 34 Männer in SS-Uniform, und trotz meiner entsetzlichen Angst konnte ich mich des Gedankens nicht erwehren, daß dies ein unübertreffliches Bild für einen Film über Nazigreuel abgeben würde. . . . Die Männer kamen mit uns nach oben, zerbrachen alles Porzellan und Glas, das sie fanden, sowie die Zierstücke in unserem Wohnzimmer . . .

Inzwischen war Frau X. sehr ängstlich über das Verbleiben ihres Mannes geworden. Obgleich ich dringend riet, bis zum frühen Morgen zu warten, bestand sie darauf, daß mein Mann bei ihrem Schwager anrief, . . . ihr Mann möge sofort kommen. Er ging also zu Fuß den ganzen Weg vom Rande der Stadt und kam etwa um 1.45 Uhr bei uns an. Wir machten auch ihm ein Bett und gingen wieder nach oben. Da sahen wir, daß der Himmel ganz rot war. Die Synagoge brannte.

Wir legten uns auf die Betten, ohne uns ausziehen, und es war natürlich ausgeschloßen, daß wir auch nur einen Augenblick einschließen.

Das nächste Mal kamen sie um 3.30 Uhr in der Frühe. Diesmal waren es nur fünf Männer in SS-Uniform, zwei in Zivil. Niemals sonst sind mir menschliche Wesen vorgekommen, die so aussahen: ihre Augen waren weit offen, das Haar stand in die Höhe, — der Ausdruck von Männern im Gefühlsrausch . . . Dann begaben sie sich daran, alle Küchenschränke umzuwerfen und alles zu zerbrechen oder zu zerreißen, was in ihre Finger kam. Ehe sie fortgingen, wandte sich der Führer an mich: ‚Was auch immer Sie diese Nacht hören werden: Gehen Sie nicht hinunter — es würde sie das Leben kosten.‘ Wir blieben, wo wir waren. Ich hörte Schüsse — und rührte mich nicht.

Um 6 Uhr morgens kam unsere vorzügliche, alte Köchin herunter — wir hatten für sie ein Zimmer zum dritten Stock behalten — und erklärte, sie hätte es für klüger gehalten, während der Nacht nicht hinunter zu kommen, da sie besorgte, man würde sie aus dem Hause weisen. Aber jetzt ginge sie nach unten: ‚Vielleicht kann ich dem Herrn Doktor einen Schock ersparen.‘

Sie kam zurück. Ihr Schritt auf der Treppe klang wie der einer sehr alten Frau. Sie setzte sich auf das Fußende meines Bettes: ‚Etwas Fürchterliches ist geschehen. Auf dem Teppich in Herrn Doktors Sprechzimmer liegt ein Toter; und eine Frau, die schwer verwundet zu sein scheint, sitzt auf dem Teppich, mit dem Rücken an den Diwan gelehnt.‘ Und so fanden wir sie auf.

Um 7 Uhr rief mein Mann die Polizei in unserem Bezirk an. ‚Ja, Herr Doktor. Wir wissen, daß schreckliche Dinge geschehen sind. Aber wir haben strikten Befehl, keine Anrufe zu berücksichtigen; wir können nichts tun.‘

Verzweifelt rannte unsere Köchin auf die Straße und kam zurück mit einem Polizisten, der sagte, seine Frau sei einmal Patientin meines Mannes gewesen. Der Mann weinte von Herzensgrund und blieb während der ganzen schweren Prüfung dieses Morgens bei uns. Zunächst sorgte er telefonisch dafür, daß die Leiche des Herrn X. abgeholt würde. Dann mußte ein Krankenhaus für Frau X. gefunden werden. Nach mehreren Ablehnungen setzte sich mein Mann mit Professor . . . . bei der städtischen Krankenanstalt in Verbindung; dieser sagte sofort zu, daß er ihre Aufnahme veranlassen würde, und versprach, sich selbst um sie zu kümmern. Er hat sein Wort gehalten.

Um 8.30 Uhr kamen drei recht unauffällig aussehende Männer im Auto bei uns an. Sie waren alle jung, trugen Regenmäntel, und zeigten die Gestapoabzeichen vor, die sie unter ihren Aufschlägen trugen. Nach einem kurzen Verhör in der Eingangsdiele erklärten sie meinen Mann für verhaftet . . . Die Männer erklärten mir sodann, ich sei ebenfalls verhaftet . . . Ehe ich in das Polizeiauto einstieg, stand der Polizist, der während dieser ganzen drei Stunden nicht von der Stelle gewichen war, stramm: ‚Frau A. hat sich heute morgen mit beispielhafter Selbstbeherrschung betragen; ich hoffe, daß sie entsprechend behandelt wird.‘ Keine Antwort.

Wir fahren schweigend in dem dunstigen Licht des Novembertags zur Gestapozentrale. . . im Geiste höre ich noch den unheimlichen Laut der Türen dort; unwiderruflich fallen sie hinter einem zu.

Im Verhörzimmer nahmen sie gerade eine Jüdin vor, die im Augenblick meiner Ankunft ohnmächtig wurde. So kam ich also dran. ‚Frau A. wird nicht ohnmächtig werden. Die kann was aushalten.‘ — ‚Ja,‘ sagte ein anderer: ‚Sie hat die typisch jüdische Frechheit.‘ . . .

Wo war mein Mann? Man konnte es mir nicht sagen. Jemand führte mich durch alle Zimmer,

Korridore und Treppen, und dann stand ich auf der Straße. Das also war das Ende. So etwas war in unserem Jahrhundert möglich: kein Heim mehr, keine Arbeit, keine Bürgerrechte — alles war hin.

Ich ging zur Straßenbahnhaltestelle und fuhr nach Hause. Vor unserer zerbrochenen Haustür stand mein Mann, aschgrau im Gesicht, und ich werde nie den Ausdruck der Erleichterung auf seinen Zügen vergessen, als er mich sah. . . .

Vor unserem Haus war ein riesiger Abfallhaufen, bewacht von SS-Leuten. Die ganze Einrichtung des Hauses hatte man vernichtet und das meiste zum Fenster hinausgeworfen. Wir betraten das Haus erst wieder nach einigen Tagen. Es war unfaßbar. Wie sie es fertiggebracht hatten, unsere zwei großen Bronzeleuchten, die an zwei schweren Bronzeketten hingen, herunterzunehmen, konnten wir nicht erklären. Alle Bilder — Werke deutscher Maler — waren in kleine Stücke gerissen. Alles Holz war in so kleine Teile zerhackt worden, daß man kein Möbelstück erkennen konnte. . . .

Ein junger Nazi-Arzt, der unser Haus kaufen wollte, erpreßte uns: Wenn wir es ihm nicht verkauften, würde uns die Gestapo keine Pässe ausstellen. Nachdem er es zu einem sehr billigen Preis gekauft hatte, erklärte er, es sei in einem weniger guten Zustand, als er gedacht hätte. Er zog 10 000 Mark von der vereinbarten Summe ab und zwang uns, die Reparaturen für die eingebauten Schränke, Spiegel und Waschbecken, die die Nazis herausgerissen hatten, zu ersetzen.“

Und wie verhielt sich der Mächtigste unter den Mächtigen, der Führer und Abgott von Millionen, als die aus dem ganzen Reich zusammenlaufenden Polizeiberichte und Vollzugsmeldungen der Parteiformationen einen genaueren Überblick über Verlauf und Resultat dieser gelenkten Terrorwelle vermittelten?

In den bisher unveröffentlichten Akten der Bayerischen Staatskanzlei befindet sich eine sehr aufschlußreiche Notiz über ein Ferngespräch, das Ministerpräsident Siebert am Abend des 10. November mit Innenminister Wagner geführt hat. Wagner berichtete, Reichspropagandaminister Goebbels, der Organisator des ganzen Pogroms, habe ihm fernmündlich aus Berlin mitgeteilt:

„Sämtliche Aktionen gegen die Juden sind als abgeschlossen zu betrachten, nachdem Pg. Goebbels dem Führer Vortrag erstattet hat. Der Führer sanktioniert die bisher getroffenen Maßnahmen und erklärt, daß er sie nicht mißbillige. Er hat weiterhin nichts dagegen, wenn die einzelnen Gaue von sich aus versuchen,



jüdische Geschäfte zu schließen oder zu arieren.“<sup>10)</sup>

Der Diktator „hat nichts dagegen“. Er erklärt, daß er die getroffenen Maßnahmen „nicht mißbilligt“. Was für eine Sprache! Als ob dieses scheinbare Zurücktreten in die Kulissen ihn auch nur im geringsten von seiner Verantwortung für diesen beispiellosen Pogrom entlasten könnte ...

Am Abend hielt Hitler die berüchtigte „Geheimrede“ vor den eilig zusammengetrommelten Vertretern der gleichgeschalteten deutschen Presse. Hitler beschäftigte sich zwar nur mit seinen außenpolitischen Triumphen, mit der „blamablen Kleingläubigkeit“ der oppositionellen Kritiker in Deutschland und mit den propagandistischen Aufgaben einer gelenkten Presse, aber noch nie hatte der Diktator es gewagt, so unverhüllt an die schrankenlose Gewalt als Mittel der Politik vor Außenstehenden zu appellieren wie beim Feuerschein brennender Synagogen.

„Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann.“<sup>10a)</sup>

Außenpolitik, Innenpolitik, Judenfrage — Hitler hat dieses Rezept überall angewendet. Und genau nach diesem Rezept wurde die „Reichskristallnacht“ inszeniert.

### Irgendwo in Deutschland

Über das endgültige Ausmaß der Zerstörungen gibt es keine genauen Angaben. Nur über die Zahl der erschlagenen Opfer des Pogroms wissen wir ziemlich sicher Bescheid. Es waren mindestens 91. Die Gestapo verhaftete rund 20 000 jüdische Männer. Ein großer Teil der jüngeren, gesünderen kam in die Konzentrationslager. Etwa 7 500 Geschäfte und Kaufhäuser, mehrere hundert Wohnhäuser wurden demoliert oder in Brand gesteckt, Dutzende von Schulen, Bethäusern und mindestens 267 Synagogen zerstört, Fensterglas im Wert von etwa 10 Millionen Mark zerschlagen und

Schäden in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark angerichtet<sup>11)</sup>.

Aber was besagen Zahlen? Erich Guttman hat im Frühjahr 1941 aufgezeichnet, was er als Verfolgter und Gepeinigter bei diesem Zerstörungswerk empfand:

„Es war am Abend des 9. November, als ich mit einem späten Zug, müde und abgespant von den vielen Diskussionen über die Situation und beinahe angewidert von den ewig gleichlautenden Gesprächen nach Hause fahre und mich sofort zu Bett lege. ... eine nicht zu überwindende Unruhe gönnte mir keine Minute Vergessen. Von weitem, über die ruhigen Straßen der nächtlichen Stadt hinweg trug der Wind die volksliederartigen Weisen des historischen Glockenspiels einer Kirche, und Stunde um Stunde hörte ich so ver-rinnen.

Es mag kurz vor dem Morgengrauen gewesen sein, als ich vielleicht wirklich etwas Schlaf gefunden hatte. Plötzlich vermeine ich heftiges Schlagen und Klopfen zu vernehmen, und sofort bin ich wieder ganz munter. Man schlägt an unsere Haustür, reißt daran, wüst und roh, als wollte man sie gewaltsam sprengen. Ich laufe zum Fenster, sehe einige Männer, die den Rabbiner unserer Gemeinde in ihrer Mitte mit sich führen, zum benachbarten Gebäude, der Synagoge, hinlaufen. Dampf dämmert es mir im Unterbewußtsein, daß jetzt auf irgendeine Weise die Katastrophe hineinbrechen würde, von der wir seit Tagen sprachen und dachten.

Ich renne aus dem Raum hinüber in das Schlafzimmer meiner Eltern. Meine Mutter ist entsetzlich blaß. Ihre Augen flackern wie im Fieber und der Blick flattert unruhig und irr durch den Raum. Mein Vater, der erst vor wenigen Monaten durch eine schwere Operation ein Bein verloren hat, sitzt nur notdürftig angekleidet auf einem Stuhl, bleich und verfallen ist das Gesicht, neben dem Stuhl stehen die beiden Krücken. Wie im Wahnsinn stiert er vor sich hin, und die Lippen formen kaum hörbar immer nur das Wort: ‚Synagoge, Synagoge, Synagoge.‘ Unheimlich klingt das für mich und ewig unvergeßlich. Synagoge! Mein Vater, der seit mehr als dreißig Jahren an dieser Synagoge mit der Hingebung tätig war, sah seine Welt vollends zusammenstürzen. Wie richtig hat er damals leider gesehen.

Zitternd saßen wir in dem halb dunklen Zimmer, und indessen wurde nebenan — und in ganz Deutschland — ein Vernichtungswerk

10) Akten der Bayerischen Staatskanzlei a. a. O.

10a) Hitler am 10. November 1938 (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1958, Heft 2 S. 182)

11) „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reichs“ a. a. O. S. 582 und 587

vollführt, dessengleichen in der Geschichte der Kultur wohl einzigartig dasteht...

Ungeheuer wuchtig dröhnten die Axtschläge, und ächzend krachten gewaltige Balken durch den Raum, Glas splitterte und klirrte, Handgranaten explodierten und rissen Massen von Gestein mit sich, und ihr dumpf dröhnender Aufschlag fügte sich in die grausige Dissonanz einer Melodie des Wahnwitzes. Da drinnen in einem Gotteshaus, in dem Menschen ihren Gott anriefen und priesen, da drinnen tobte der Mob... Und zu diesem allen schwieg das Volk...

Die Synagoge war in einen Trümmerhaufen verwandelt. Vor unserem Haus sammelten sich Menschenmassen, die das Ereignis diskutierten. Sogar Schulklassen kamen unter Führung ihrer Lehrer und bestaunten die Ruhmestat. — Kinder gröhlten. Dumme Jungen, den Dolch am Leibriemen, lachten und spotteten angesichts einer Tragödie, die nicht nur die unsrige war. Sie spielten unter dem Beifall der Menge mit den Gebetbüchern und anderen Kultusgegenständen, die in Massen auf der Straße herumlagen. Es schien, als seien über Nacht plötzlich alle niedrigen Elemente in den Menschen erwacht und als sei das Gute gelöscht aus den Hirnen.

Damals verlor ich alles, was mich bis dahin mit diesem Lande unbewußt noch verbunden hatte. Damals entstand in mir ein Gefühl von Kälte gegenüber diesen Menschen, das ich mein Leben hindurch niemals verlieren werde.

Am Nachmittag dieses Tages läutete es bei uns, und ich öffnete die Tür. Sofort drangen drei junge Burschen herein, ohne sich auszuweisen, rissen alle Kästen und Schränke auf, wühlten den Inhalt durcheinander und fragten schließlich, ob wir Waffen verborgen hätten. Danach erklärte man mir, ich sei verhaftet.

Im Polizeipräsidium stellte man unter allerhand wüsten Beschimpfungen meine Personalien fest und erklärte mir dann kurz, ich befände mich wegen der zu erwartenden Unruhen gegen die jüdische Bevölkerung in sofortiger Schutzhaft...

Am späten Nachmittag des anderen Tages wurden wir alle aus unseren Zellen herausgetrieben, mußten uns mit dem Gesicht zur Wand im langen Korridor des Gefängnisses aufstellen, und dann wurden unsere Namen verlesen. Als dieses vorüber war, herrschte für einen kurzen Augenblick Schweigen. Dann aber ertönte die Stimme des Vorlesers noch einmal, und langsam formte sein Mund die Worte, die sich unvergeßlich in unser Gedächtnis eintraßen: Das, so sagte er, sind die Juden, die heute in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt werden.

Wir wurden auf einige große Lastautos gestoßen, Polizisten mit geladenem und entschertem Gewehr bewachten uns. Die Motoren sprangen an, und wir fuhren durch die Stadt, die bislang unsere Heimat gewesen war. Die Autos jagten über eine endlos scheinende, vom Regen getränkte Landstraße. Später wußten wir, daß um dieselbe Zeit überall in ganz Deutschland diese Menschenlasten gefahren wurden. Mit Autos, Eisenbahn und allen nur möglichen Transportmitteln schickte man die, deren einziges Verbrechen das Zugehören zum Judentum war, in die Verbannung, in die Hölle. Zu Zehntausenden.

Hat wohl einer von denen, an denen wir vorbeifuhren, geahnt, welche Schicksale damals im Entstehen oder Verlöschen waren. Hat wohl auch einer einen Hauch von der Tragödie verspürt, die sich damals anbahnte?" <sup>12)</sup>

### Helfer und ihre Schicksale

Nicht alle haben stumm zugesehen oder ihr Haupt verhüllt, um nichts sehen zu müssen. Wir wissen von vielen Berichten Überlebender, die sich dankbar an zahlreiche Beweise tätiger Anteilnahme, an wertvolle — meist verstohlen, oft aber auch ostentativ geleistete — Hilfe erinnern. Mancher Deutscher hat dabei die eigene Existenz aufs Spiel gesetzt und sein Eintreten für unschuldig Verfolgte teuer bezahlt.

Frau Maria Kahle, die Gattin des bekannten Orientalisten Prof. Dr. Paul Kahle (1923 bis Nov. 1938 Ordinarius an der Universität Bonn), hat über ihre persönlichen Erlebnisse in hinterlassenen Aufzeichnungen berichtet. Mit freundlicher Genehmigung der Wiener Library in London veröffentlichen wir den folgenden Auszug <sup>13)</sup>.

„Am 10 November 1938 um 1/2 12 Uhr vormittags kam die Frau eines jüdischen Kollegen zu mir und berichtete, daß die beiden Bonner Synagogen in Brand gesteckt worden seien und SS-Leute die jüdischen Geschäfte zerstörten, worauf ich ihr sagte: ‚Das ist doch nicht wahr!‘ Sie gab mir ein Manuskript zum Aufbewahren, das Lebenswerk ihres Mannes. Einer meiner Jungen brachte dann dieselben Nachrichten.

Mein Sohn fuhr sofort, ohne daß ich es wußte, zu einem jüdischen Uhrmacher, half der Frau

12) Mit freundlicher Genehmigung der Wiener Library-London erstmals im Auszug veröffentlicht. (Kleinere Textauslassungen sind im einzelnen nicht gekennzeichnet)

13) M Kahle: „Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30 Januar 1933“ (Unveröffentlichtes Manuskript) Archiv d. Wiener Library-London, Nr. P. III f. No. 757 (Kleinere Textkürzungen durch den Bearbeiter sind nicht gekennzeichnet)

einige Sachen zu verstecken und brachte einen Koffer mit den wertvollsten Schmucksachen und Uhren nach Hause. Dann fuhr er zu einem Schokoladengeschäft, warnte die Inhaberin und half ihr, Tee, Kaffee, Kakao usw. in ein entferntes Hinterzimmer zu bringen. Während vorn im Laden drei SS-Leute in Uniform alles zerschlugen, ist er mit einem Koffer voll Wertpapieren zur Hintertür hinausgegangen...

Vom 11. November an waren meine Söhne eifrig beschäftigt, den jüdischen Ladeninhabern beim Aufräumen ihrer Läden zu helfen. Ich konnte mich ja nicht beteiligen, da ich die Stellung meines Mannes nicht gefährden wollte. Ich konnte nur die armen Leute besuchen.

Bei einem dieser Besuche wurde ich mit meinem ältesten Sohn von einem Polizisten überrascht, der meinen Namen aufschrieb. Die Folge war ein Zeitungsartikel im Westdeutschen Beobachter, Bonn, 17. November 1938, betitelt: 'Das ist Verrat am Volke, Frau Kahle und ihr Sohn helfen der Jüdin Goldstein bei Aufräumarbeiten.' Auf Grund dieses Zeitungsartikels wurde mein Mann sofort beurlaubt, und es wurde ihm verboten, das orientalische Seminar und die Universitätsgebäude zu betreten. Meinem ältesten Sohn wurde auch das Betreten der Universität verboten. Er wurde von einem Disziplinargericht abgeurteilt, ... In der Nacht wurde ein Angriff auf unser Haus gemacht. Die Scheiben wurden eingeschlagen. Das Überfallkommando kam nach einiger Zeit, verschwand aber sofort wieder. Einer der Polizisten gab mir den Rat, mal auf die Straße zu sehen; wir fanden in großen roten Buchstaben auf den Bürgersteig geschrieben: 'Volksverräter! Judenfreund!'

Von den Kollegen haben in vier Monaten drei gewagt, zu uns zu kommen. Ich durfte am Tag nicht ausgehen; als ich einmal abends eine Kollegenfrau traf und mich beklagte, daß keine Freundin oder Bekannte gewagt habe, mich zu besuchen, sagte sie: 'Das ist keine Feigheit, wir tragen nur den Tatsachen Rechnung.'

Wie die Haltung der Universitätsbehörden und vieler jüngerer Kollegen zu unserem 'Fall' war, ist aus dem Urteil des Universitätsgerichtes über meinen ältesten Sohn zu ersehen sowie aus einem Brief, den mein Mann am 23. November 1938 von einem Kollegen erhielt:

'Wir jungen Kollegen bedauern alle, daß durch das instinktlose Verhalten Ihrer Frau Gemahlin Ihnen ein ehrenvoller Abgang von der Universität versagt ist'.

Dagegen erreichte mich am 20. November folgender anonym Brief:

'Sehr verehrte gnädige Frau, gestatten Sie mir, Ihnen meine aufrichtige Bewunderung für Ihre großherzige und mutige Tat auszusprechen. Alle anständigen Menschen hätten gern dasselbe getan, aber es fehlt uns der Mut, wie auch dieser Brief mit verstellter Schrift und ohne Unterschrift beweist.'

#### *Disziplinar-Urteil*

In der Disziplinarsache gegen den Studenten der Musikwissenschaften Wilhelm Kahle, geb. am 12. Juni 1919, wohnhaft Bonn, Kaiserstr. 61, hat der Dreierausschuß der Universität in der Sitzung vom 5. Dezember 38, an welcher teilgenommen haben:

Der Universitäts-Rektor ...

der Führer der Dozentenschaft ...

der Führer der Studentenschaft ...

als Richter

Universitätsrat ... als Vertreter der Anklage:

Univ. Oberinspektor ... als Protokollführer

für Recht erkannt:

Der Studierende der Musikwissenschaften Wilhelm Kahle wird wegen des eines Studenten unwürdigen Verhaltens gelegentlich der Protestaktion gegen die jüdischen Geschäfte mit der

*Entfernung von der Hochschule, verbunden mit Nicht-Anrechnung des Semesters*

bestraft.

Am 10. November 1938 fand infolge der Ermordung des Botschaftsrats vom Rath in Bonn eine Kundgebung der Bevölkerung gegen das Judentum statt, in welcher auch das Korsettgeschäft der Jüdin E. Goldstein betroffen wurde. Am 12. 11. 1938 gegen Abend begab sich der Angeklagte mit seiner Mutter in dieses Geschäft, in dem diese früher Einkäufe getätigt hatte ... Die Geschäftsinhaberin war damit beschäftigt, Kartons wieder einzuräumen. Als sie etwa drei Minuten dort verweilt hatten, betrat der Polizei-Oberwachmeister Peter Stammen das Geschäft und stellte die Namen der jüdischen Personen und dann auch den Namen der Mutter des Studenten Kahle fest, wobei er bei letzterer einige Schwierigkeiten hatte. Er wandte sich dann an den Studenten Kahle, der damit beschäftigt war, Kartons, die auf der Theke standen, in die Reale einzustellen, und frug ihn, ob er Dekorateur sei. Dies verneinte der Student und gab dann seinen Namen an.

Das Disziplinargericht ist der Auffassung, daß bei dem Besuch keine vorgefaßte Absicht

vorgelegen hat, sondern daß der Besuch nur erfolgte gelegentlich des Vorübergehens an dem zerstörten Geschäft.

Immerhin ist das Verhalten des Studenten ein durchaus verwerfliches. Er hat dadurch, daß er es nach den bekannten Vorkommnissen für richtig fand, sich in einen jüdischen Laden zu begeben, das Ansehen und die Würde der Hochschule in starkem Maße gefährdet und dadurch gegen seine akademischen Pflichten verstoßen...

Das Verhalten des Angeschuldigten verlangt eine energische Sühne. Wenn das Disziplinar-Gericht lediglich auf Entfernung von der Hochschule, verbunden mit Nicht-Anrechnung des laufenden Semesters erkannt hat, so ist dies im wesentlichen deshalb erfolgt, weil mildernd erwogen wurde, daß der Angeschuldigte, der in der Verhandlung einen etwas hilflosen und unbeholfenen Eindruck machte, offensichtlich unter dem Einfluß seiner Mutter gestanden hat.

Bei der Verhängung dieser im Verhältnis zur Tat milden Strafe ist das Disziplinar-Gericht von der Erwartung ausgegangen, daß der Student seine weitere Ausbildung in weiter Entfernung vom Elternhaus sucht, damit er in Zukunft zu einem selbständigeren, selbstbewußteren und pflichtbewußteren Menschen heranreifen kann.

Bonn, den 6. 12. 1938.

Stempel:

Der Rektor der Rhein.  
Friedrich-Wilhelm-Universität  
Der Universitäts-Rektor  
in Bonn  
(gez. Unterschrift)

### Verbrechen ohne Sühne

Die während des Pogroms von Parteiangehörigen begangenen Straftaten blieben bis auf Vergehen der Rassenschande und einige allzu offenkundige Plünderungen ungesühnt, selbst die 91 politischen Morde. Auf Anordnung von Hermann Göring wurde den deutschen Gerichten und Staatsanwaltschaften die Strafverfolgung entzogen und dem Obersten Parteigericht der NSDAP überantwortet „wegen des offenbaren Zusammenhangs der zu beurteilenden Vorgänge mit den Weisungen, die der Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels während des Kameradschaftsabends im Rathausaal gegeben hatte“<sup>14</sup>).

In seinem Bericht über die Tätigkeit des hierfür eingesetzten Sondersenats erklärte der

14) Bericht des Obersten Parteirichters an Hermann Göring v 13. Februar 1939 (Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reichs“, a. a. O. S. 583)

Oberste Parteirichter, Walter Buch, es müsse „nach Auffassungen des Obersten Parteigerichts grundsätzlich unmöglich sein, daß politische Straftaten, die primär das Interesse der Partei berühren, die — sei es auch nur vom Standpunkt des Täters aus — als illegale Maßnahme von der Partei gewollt sind, von den staatlichen Gerichten festgestellt und abgeurteilt werden, ohne daß die Partei die Möglichkeit hat, sich vorher durch ihre eigenen Gerichte Klarheit über die Vorgänge und Zusammenhänge zu verschaffen, um gegebenenfalls rechtzeitig den Führer um Niederschlagung der Verfahren vor den staatlichen Gerichten bitten zu können. Aus solchen Erwägungen heraus hat der Generalfeldmarschall P. Göring als Beauftragter des Führers Geheime Staatspolizei und Parteigerichtsbarkeit mit der Untersuchung der Ausschreitungen betraut“<sup>15</sup>).

Das Oberste Parteigericht erledigte sogar die nach weitherziger Auslegung unumgänglichen Strafverfahren auf disziplinarem Wege. Die meisten wurden sofort niedergeschlagen. Charakteristisch für die hier geübte „Rechtsprechung“ ist der Fall Fürstenheim. In der Nacht vom 9. zum 10. November wurde Fürstenheim, der Geschäftsführer einer Chemnitzer Warenhausfiliale<sup>16</sup>), von drei SA- bzw. SS-Männern in seinem Schlafzimmer überfallen, in den Keller geschleppt und dort erschossen. Die Täter gaben vor dem Obersten Parteigericht an, dies sei auf Befehl der Kreisleitung der NSDAP geschehen. Sie wurden als Parteimitglieder verwarnt und mit Entzug ihrer Waffenscheine auf ein Jahr „bestraft“. Das war die ganze Sühne.

### Streicher lieferte das Rezept

Daß die Terroraktion vom 9. bis 11. November 1938 ein Vorspiel hatte, ist wenig bekannt geworden. Der berüchtigte „Judenfresser“ und „Stürmer“-Herausgeber, Gauleiter Julius Streicher, inszenierte in Franken auf eigene Faust im Dezember 1937 einen Weihnachtsboykott gegen jüdische und ehemals jüdische Geschäfte. Als Vorwand benutzte Streicher einige Angriffe von Bukarester Zeitungen auf ihn und ihre Anregung, solange keine Nürnberger Spielwaren zu kaufen, bis Streicher die antisemitische Hetze und Judenverfolgung einstelle. Streicher ließ am 16. Dezember 1937 in den Tageszeitungen seines Gaues einen Aufruf zum Kaufboykott veröffentlichen und an allen Litfaßsäulen anschlagen.

15) ebda.

16) H. Uhlig: „Die Warenhäuser im Dritten Reich“. Opladen 1956, S. 179

Zwei Tage später marschierten vor allen jüdischen Geschäften, z. T. auch vor arischen, Boykottposten mit Plakaten auf. Soweit sich die Kundschaft nicht abschrecken ließ, wurde sie beschimpft, in zahlreichen Fällen beim Betreten oder Verlassen der Geschäfte und Kaufhäuser angespuckt und geschlagen, ebenso das Personal. Boykott-Gruppen kontrollierten Lieferwagen, prügeln die Fahrer und warfen die Waren auf die Straße.

Einen recht anschaulichen Bericht über die Boykottaktion in Nürnberg brachten die in Paris erscheinenden „Deutschland-Nachrichten“ der Exil-SPD:

„Das größte lokale Ereignis in Nürnberg war in den letzten Monaten der Weihnachtsboykott. Die Geschichte begann damit, daß die jüdischen bzw. ehemals jüdischen Geschäfte am Kupfernen Sonntag einen über alle Maßen großen Erfolg hatten. Die großen Warenhäuser waren den ganzen Tag über belagert... Die Gegenwirkung blieb nicht aus. Einige Tage später erschien in den Nürnberger Zeitungen ein Aufruf des Gauleiters Streicher. Es hieß darin, daß ein jüdisches Blatt aus Bukarest ‚Drohungen‘ gegen den Gauleiter ausgestoßen und gleichzeitig auf die Tatsache aufmerksam gemacht habe, daß es immer noch Bukarester Firmen gebe, die Nürnberger Spielwaren usw. kauften. Streicher forderte unter Bezugnahme auf die Drohungen auf, die jüdischen Ladengeschäfte zu boykottieren. Schlagartig setzte zwei Tage später die Boykottaktion ein. Vor allen jüdischen Ladengeschäften wurden große, etwa zwei Meter hohe rote Plakate aufgestellt, die auf Holztafeln befestigt waren und auf Ständern standen, die weithin sichtbar waren. Die Plakate gaben den Aufruf Streichers wieder, in dem es u. a. hieß, daß wir Nationalsozialisten den Juden bisher Gastrecht gewährt haben und daß auf die unverschämte Drohung des Bukarester Blattes folgen müsse: ‚Kein Deutscher kauft beim Juden!‘ Gleichzeitig marschierten vor allen jüdischen Geschäften Zivilposten auf, die die Eingänge der Geschäfte überwachten, so daß es unmöglich war, diese zu betreten... Am nächsten Sonntag, dem ‚Silbernen Sonntag‘, mußten die jüdischen Geschäfte ebenfalls, genau so wie die arischen, geöffnet bleiben. Die Angestellten mußten ins Geschäft kommen. Nur die Kunden hatten keinen Zutritt... Die Polizei hat in keinem einzigen Fall eingegriffen.“<sup>17)</sup>

Die Passivität der Polizei ist dokumentarisch belegt. Das in aller Form zu Hilfe gerufene Polizeipräsidium weigerte sich, einzuschreiten

17) a. a. O. S. 205

und die öffentliche Ordnung wieder herzustellen. Als sich die Mißhandlungen von Angestellten und Kunden mehrten, versuchte die Leitung eines Nürnberger Warenhauses am 21. Dezember bei Streicher selbst zu intervenieren. Seine Dienststelle teilte daraufhin mit, daß der Gauleiter bis 11. Januar 1938 keine Sprechstunde habe. Schritte bei der Reichsleitung der NSDAP in München blieben ebenfalls ohne Erfolg.

Mit diesem terroristischen Boykott begann jene neue antisemitische Welle, die ihren Höhepunkt in der sogenannten „Reichskristallnacht“ erreichte. Das läßt sich an Hand der nationalsozialistischen Presse nachweisen. Die antisemitische Hetze steigerte sich seit dem Frühjahr 1938 und wurde drohender. Sie kündigte neue „Kampfmaßnahmen“ und Repressalien an. Diese ließen auch nicht lange auf sich warten. Gesetz um Gesetz, Verordnung um Verordnung wurde erlassen unter dem offen erklärten Leitmotiv: „Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ und mit der geheimen Absicht, ihr Vermögen Stück um Stück zu konfiszieren.

Am 12. Februar 1938 schloß ein Gesetz die Juden aus dem Auktionsgewerbe aus. Eine neue Verordnung zum Reichsbürgergesetz führte zur zwangsmäßigen Registrierung und amtlichen Kennzeichnung aller jüdischen Gewerbebetriebe. Am 26. April ordnete der Reichsbeauftragte für den Vierjahresplan, Hermann Göring, die Anmeldepflicht für alle im In- und Ausland befindlichen jüdischen Vermögen in Höhe von mehr als 5000 Reichsmark an.

Ein Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom 6. Juli schloß die Juden aus weiteren Gewerbebezweigen aus. Am 5. Oktober 1938 erklärte der Reichsinnenminister alle Reisepässe von jüdischen Staatsbürgern für ungültig bis zu ihrer erneuten Abstempelung mit dem Vermerk, der Inhaber sei Jude.

Von Monat zu Monat wurde die Schlinge enger, das Verhalten des nationalsozialistischen Staates immer brutaler. Die hektische Atmosphäre des Jahres 1938, Hitlers Politik hart am Rande eines Weltkrieges schufen ein Klima, in dem Übergriffe und Gewalttaten zu den Wechselfällen des täglichen Lebens zu gehören schienen.

### **Eichmann und die große „Kontribution“**

Kaum war der große Pogrom vorüber, kaum waren die Trümmer- und Scherbenhaufen der „Reichskristallnacht“ notdürftig beseitigt, führten die Machthaber des „Dritten Reichs“ den nächsten großen Schlag, um den Juden das

Leben in Deutschland so zu verleiden, daß sie bereit waren, unter Zurücklassung all' ihrer Habe ins Ausland zu flüchten.

Drei Verordnungen vom 12. November bestimmten, daß alle Pogromschäden auf Kosten der geschädigten Juden zu beseitigen seien, daß kein Jude mehr einen Handwerksbetrieb oder ein Geschäft betreiben dürfe; die dritte verurteilte die Gesamtheit der jüdischen Staatsbürger zur Zahlung einer Kontribution in Höhe von 1 Milliarde Mark als Sühne für „die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich“.

Jede moralische und staatspolitische Qualifikation dieser Maßnahmen erübrigt sich, wenn man die im Anhang abgedruckten Verordnungstexte liest und die stenographische Niederschrift jener Sitzung hinzunimmt, auf der diese Maßnahmen am 12. November 1938 beschlossen wurden<sup>18)</sup>. Den Vorsitz führte Hermann Göring, Hitlers Beauftragter für den Vierjahresplan zur überstürzten Aufrüstung. Göring legitimierte sich vor den zusammengerufenen Ministern, Ministerialreferenten und dem beigezogenen Sprecher des vom Pogrom mitgetroffenen Versicherungsgewerbes mit der Mitteilung, Hitler habe ihn telefonisch und schriftlich beauftragt, die von nun an einheitlich zu lösende Judenfrage „so oder so zur Erledigung zu bringen“.

Göring kritisierte nun den Pogrom als sinnlose Zerstörung wertvoller Wirtschaftsgüter, als leere Demonstration. Jetzt seien endlich entscheidende Maßnahmen fällig zur Arisierung der deutschen Wirtschaft. Nach dem Protokoll erklärte Göring:

„Bei der Arisierung ist der Grundgedanke folgender: Der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter (Betriebe, Warenlager, Beteiligungen, Wertpapiere, Haus- und Grundbesitz! H. U.) an den Staat ab. Er wird dafür entschädigt. Die Entschädigung wird im Schuldbuch vermerkt und wird ihm zu einem bestimmten Prozentsatz verzinst. Davon hat er zu leben... Es muß natürlich immer die kaufmännische Verwertung angestrebt werden; denn bei dieser ganzen Umwandlung soll der Staat nicht leiden, soll einen Vorteil davon haben... Der Treuhänder des Staates schätzt das Geschäft ab und bestimmt, welchen Betrag der Jude bekommt. Dieser Betrag ist selbstverständlich an sich schon möglichst niedrig zu halten. Das Geschäft wird dann von der Treuhänder in arischen Besitz übergeführt, und hierbei ist der Aufschlag zu erzielen, d. h. das

Geschäft ist entsprechend seinem normalen tatsächlichen Verkehrswert und Bilanzwert an den Mann zu bringen.“<sup>19)</sup>

Nach diesem Rezept ist tatsächlich verfahren worden. Was nicht heimlich beiseite gebracht werden konnte, verfiel der „Arisierung“. Der Gegenwert bestand in einer unübertragbaren, imaginären Forderung an das Reichsschuldbuch zum niedrigsten Zinsfuß. Viele wurden in den Konzentrationslagern gezwungen, eine vollständige Verzichtserklärung zu unterschreiben. Es war deshalb vorauszusehen, daß die letzte Amtshandlung des seit seinem Rücktritt vom Posten des Wirtschaftsministers nur noch formell als Reichsminister ohne Geschäftsbereich fungierenden D. Hjalmar Schacht mit einem vollständigen Schiffbruch endete. Schacht reiste in Hitlers Auftrag nach London, um über die Aufnahme einer möglichst großen Zahl auswanderungswilliger Juden zu verhandeln.

Da war Eichmann bei der „Entjudung“ Österreichs erfolgreicher. In jener Sitzung berichtete Heydrich über die Tätigkeit der von Eichmann geleiteten Judenauswanderungszentrale in Wien. Sie habe seit dem „Anschluß“, also in rund acht Monaten, zweieinhalbmal soviel Juden über die Grenze gebracht (50 000) wie zur gleichen Zeit das ganze übrige Reich.

Göring war perplex. „Wie habt ihr das gemacht?“ Heydrich berichtete: „Wir haben das in der Form gemacht, daß wir den reichen Juden, die auswandern wollten, bei der jüdischen Kultusgemeinde eine gewisse Summe abgefordert haben. Mit dieser Summe und Devisenzahlungen konnte dann eine Anzahl der armen Juden herausgebracht werden.“ Darauf Göring: „Habt ihr euch überlegt, ob dieser Weg nicht letzten Endes so viele Devisen kostet, daß er auf die Dauer nicht gangbar ist?“ Heydrich erwiderte: „Nur die Devisen, die jeder Jude bekommen hat.“<sup>20)</sup>

Offenbar handelte es sich um jene Devisen, die Eichmann mit Drohungen und Erpressungen aus dem Auslandsvermögen ihrer reicheren Leidensgenossen und aus Mitteln ausländischer Hilfsorganisationen beschafft hatte.

Heydrich machte anschließend den Vorschlag, eine ähnliche Zentralstelle für das ganze Reich einzurichten und die jüdische Auswanderung nach Eichmanns erprobten Methoden voranzutreiben. Göring stimmte zu. —

Die „Kontribution“ in Höhe von 1 Milliarde Mark und die gleichzeitig eingeleiteten Ari-

19) a. a. O. S. 585 f

20) a. a. O. S. 594. Vgl. hierzu R. W. Kempner: „Eichmann und Komplizen“ Zürich-Stuttgart 1961, S. 32 ff.

<sup>18)</sup> „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reichs“ a. a. O. S. 585 ff

sierungen von ungleich höheren Vermögenswerten zugunsten des Reichs sind nicht nur im Rahmen der nationalsozialistischen Judenpolitik bemerkenswert. Sie gehören zum Komplex der vielfältigen Maßnahmen der Reichsregierung, einen ständig wachsenden Kaufkraftüberhang „abzuschöpfen“ Dieser Kaufkraftüberhang war das Resultat einer geradezu gigantischen Fehlleitung der deutschen Wirtschaft, deren Kraft weitgehend für unproduktive Zwecke — Aufrüstung und öffentliche Bauten aller Art — eingesetzt wurde und die selbst im Zeitpunkt der Vollbeschäftigung (1938/39) aus Mangel an Betriebsmitteln, Arbeitskräften und Rohstoffen nicht in der Lage war, die steigende Nachfrage nach Konsumgütern zu befriedigen.

Das berüchtigte Wort: „Kanonen statt Butter!“ hat sehr buchstäbliche Bedeutung. Im Jahre 1938 kassierte Hitler von jeder Mark Arbeitslohn 16 Pfennig für die Aufrüstung. Und auch das reichte nicht, um den Kaufkraftüberhang so abzuschöpfen, daß nicht trotz Lohn- und Preisstop-Verordnungen die Mark ins Rutschen kam. Der Finanzminister legte eine Reichsanleihe, eine Serie Reichsschuldverschreibungen nach der anderen auf. Aber als er im Herbst 1938 mit der dritten Reichsanleihe herauskam, blieb er auf einer halben Milliarde sitzen. Niemand hatte mehr Lust, sein sauer verdientes

Geld in so niedrig verzinsten, dubiosen Wertpapieren anzulegen.

In diesem Jahr erreichte das Haushaltsdefizit die Rekordsumme von 10,5 Milliarden RM. Es lag damit bei etwa 60 % des gesamten Steueraufkommens. Der Finanzhunger des Staates war ebenso unersättlich wie Görings Finanz- und Rohstoffbedarf für eine hemmungslose Aufrüstung. In diesem Herbst trieb das Reich einer Finanzkrise zu, die nur deshalb nicht zum offenen Ausbruch kam, weil Zug um Zug ein umfangreiches Lenkungs- und Planwirtschaftssystem zur Vorbereitung der Kriegswirtschaft eingeführt wurde. War es nur ein Zufall, daß der gleiche Göring, der die gesamte Wirtschaft mit diktatorischen Vollmachten in den Dienst der Aufrüstung stellte, nach der „Reichskristallnacht“ die Maßnahmen zur Ausplünderung der Juden zugunsten der Staatskasse traf? Wohl kaum. —

Das Ganze dieses schauerlichen Pogroms und der ihm vorausgehenden und nachfolgenden, von Staats wegen verordneten Gewaltakte bildet eine kaum entwirrbare Mischung von absichtsvoller Planmäßigkeit und enthemmter Triebausbrüche, die sich der rationalen Analyse entzieht. Allen diesen Aktionen und Maßnahmen fehlt es so sehr an Maß und an einsichtigen Gründen, daß sie vor der Geschichte nur als Meilensteine auf dem Wege zu einer bereits unvermeidbar gewordenen Katastrophe erscheinen.

## Dokumente

### Der Regierungspräsident von Niederbayern und Oberpfalz an die Bayerische Staatsregierung (10. November 1938):

„Die Aktion gegen die Juden in der Nacht vom 9./10. November 1938 wurde im Regierungsbezirk durchgeführt. Sie hielt sich im allgemeinen im Rahmen der Richtlinien des Reichsführers SS und der Deutschen Polizei (vgl. Fernschreiben Blitz München 47 767 vom 10. 11. 38) . . . Überschreitungen dieser Richtlinien in Weiden und Straubing . . . Die Inneneinrichtungen von 5 Synagogen wurden zerstört, zahlreiche Geschäfte und Wohnungen von Juden stark beschädigt und rund 300 Juden in Schutzhaft genommen. 2 Schutzhäftlinge sind an Herzschlag gestorben.“ (Akten der Bayerischen Staatskanzlei, MA 1957, Fasz. 178.)

### Auszüge und inhaltliche Zusammenfassungen der Lage- und Monatsberichte der bayerischen Regierungspräsidenten

**Schwaben-Augsburg, 7. 12. 38:** Demonstrationen und Aktionen im allgemeinen reibungslos verlaufen. Einrichtungsgegenstände in Synagogen verbrannt und sonstwie vernichtet, z. T. auch in Wohnungen von Juden. 2 jüdische Friedhöfe geschändet. Akten, Wertgegenstände, Kraftfahrzeuge beschlagnahmt. 319 Juden in Schutzhaft genommen.

**Niederbayern-Oberpfalz-Regensburg, 8. 12. 38:** 5 Synagogen zerstört, 224 Männer nach Dachau gebracht, z. T. wieder freigelassen. In einigen Fällen während des Pogroms Demonstrationen

gegen Nichtjuden und Gegner des Nationalsozialismus. Zwei Straftaten (kriminelle Übergriffe) in Regensburg und in Weiden.

**Oberfranken-Mittelfranken-Ansbach, 8. 12. 38:** „Im Zuge der Protestaktion gegen das jüdische Mördergesindel wurden im Regierungsbezirk 772 Juden festgenommen, von denen sich noch 389 in Haft befinden. Außerdem wurden nach dem Bericht der Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth 17 Synagogen ausgebrannt, 25 Synagogen demoliert, 115 jüdische Geschäfte zerstört; weitere 39 jüdische Geschäfte wurden nur geschlossen. In 594 jüdischen Wohnungen wurde die Inneneinrichtung zerstört bzw. beschädigt. Außerdem wurde das Geschäft einer Deutschblütigen beschädigt, weil der Bevölkerung bekannt war, daß die Inhaberin mit einem Juden Rassen- schande getrieben hatte.“

**Unterfranken-Würzburg, 9. 12. 38:** Der Bericht meldet verbreitetes Bedauern der Bevölkerung über die Vernichtung von Werten, „die mit Rücksicht auf unsere Rohstofflage zweckmäßiger- weise der Allgemeinheit hätten nutzbar gemacht werden können“.

**Oberbayern-München, 10. 12. 38:** „Die Maßnahmen waren in einzelnen Orten mit jüdischen Einwohnern verschieden. Zumeist wurden die Juden zur sofortigen Abreise veranlaßt, da für ihre Sicherheit keine Gewähr mehr bestehe. Verschiedentlich mußten sie noch eine Erklärung unterschreiben, nie mehr zurückzukehren und ihren Haus- und Grundbesitz durch Verkauf abzugeben. Ein Teil der Juden wurde festgenommen und der Gendarmerie übergeben, was zur Verhaftung und Überstellung an die Staatspolizeistellen München führte. Zu Gewalttätig- keiten und Ausschreitungen ist es nur vereinzelt gekommen ... Die Protestaktion gegen die Juden wird von der Bevölkerung vielfach als organisiert betrachtet. Die Gewalt, die hierbei z. T. angewendet wurde, hat im besonderen bei der ländlichen Bevölkerung Anlaß zu Kritik gegeben. Die Veröffentlichungen in der Presse über den großen Anteil von Volksvermögen, der sich in jüdischen Händen befindet\*), hat sich als eine glückliche Maßnahme erwiesen und zweifellos viel dazu beigetragen, daß der Teil der Bevölkerung, der sich anfänglich gegen die Sachbeschädigungen gewandt hat, mit der Judenaktion nunmehr einverstanden ist.“

**Schwaben-Augsburg, 7. 1. 1939:** „Die Aufregung weiter Kreise über die Judenaktionen hat sich im allgemeinen wieder gelegt.“

**Niederbayern-Oberfranken-Regensburg, 9. 2. 39:** Ähnliche Feststellungen, außerdem Meldung, „daß doch noch in einer größeren Reihe von Orten und Fällen, als bisher bekannt, bedauerliche Übergriffe gegenüber jüdischem Vermögen vorgekommen sind. Leider waren an diesen auch einzelne Parteigenossen und SA-Angehörige beteiligt“.

**Oberbayern-München, 9. 1. 39:** „Innenpolitisch hat sich die durch die Judenaktion gestörte Lage wieder beruhigt. Das Vorgehen gegen die Juden wird nur mehr wenig besprochen und dann zumeist in dem Sinne kritisiert, daß man den Erfolg auch mit weniger drastischen Mitteln hätte erreichen können.“

(Akten der Bayerischen Staatskanzlei, MA 1946, Fasz. C 28. Geheimes Staatsarchiv.)

## Die Verordnungen vom 12. November 1938

### Sühneleistung:

„Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne. Ich bestimme daher, auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 ... das folgende:

§ 1: Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit wird die Zahlung einer Kontribution von 1 000 000 000 RM an das Deutsche Reich auferlegt.

§ 2: Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Berlin, den 12. November 1938

Der Beauftragte für den Vierjahresplan  
gez. Hermann Göring, Generalfeldmarschall\*

\*) Die veröffentlichten Zahlen dürften weit übertrieben gewesen sein. Nach der letzten amtlichen Volks- zählung (1933) lebten in Bayern 42 000 Juden (0,55 % der Gesamtbevölkerung). Ihr Anteil am Gesamt- vermögen belief sich auf 2,7 %.



### **Schadenbeseitigung:**

„Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 ... verordne ich folgendes:

§ 1: Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von den jüdischen Inhabern oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

§ 2: Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

§ 3: Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Berlin, den 12. November 1938

Der Beauftragte für den Vierjahresplan  
gez. Hermann Göring, Generalfeldmarschall“

### **Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben**

„Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (RGBl. I, S. 887) wird folgendes verordnet:

§ 1: Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, RGBl. I, S. 1333) ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt. — Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen anzunehmen. Jüdische Gewerbebetriebe ..., die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 4: Die zuständigen Reichsminister werden ermächtigt, die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Sie können Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebs in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfs erforderlich sind.

Berlin, den 12. November 1938

Der Beauftragte für den Vierjahresplan  
gez. Hermann Göring, Generalfeldmarschall“

(„Deutsche Handelsware“ Nürnberg Nov. 1938/22 S. 655 f.)

## Jüdisches Theater im Dritten Reich

### „Ich sehe, dies ist eine Zeit, in der der Ungerechte gedeiht“

Achthundert Augenpaare sind auf die Bühne gerichtet. Die Scheinwerfer beleuchten ein von Vorhängen begrenztes Halbrund, mit zwei stilisierten Bäumen als Dekorationsstück eine Landschaft andeutend. Der Verkleidungsakt des „Wintermärchens“ hat gerade eine Welle des Lachens ausgelöst, und nun ist Autolycus allein auf der Szene, ein echter Shakespear'scher Schelm und Gauner, mit spitzer Zunge und langen Fingern und einer gehörigen Portion Lebensklugheit. Während er das Witzwerk seines kurzen Monologs abfeuert, nähert er sich der Rampe und mit überspielter Emphase, über das Maß hinausgehend, das ihm der Regisseur auferlegt hatte, spricht er wie der Text es vorschreibt: „Ich sehe, dies ist eine Zeit, in der der Ungerechte gedeiht“. Das Publikum hat verstanden. Ein paar Hände klatschen Beifall.

Es ist Februar 1939. In einer Loge machen zwei Männer eifrig Notizen — Beamte der Gestapo. Die Zensur hatte diesen Satz nicht gestrichen. Erst durch die Emphase und den Beifall erhielt er eine unvorhergesehene Aktualität. Die Menschen im Parkett sind Juden. Juden sind die Logenschließer, der Vorhangzieher, die Garderobenfrauen — kurz: jeder in diesem Theater ist Jude, vom Intendanten über die Schauspieler bis zum Publikum und Portier. Schauplatz: Berlin. Zeit: drei Monate nach der „Kristallnacht“, dem Novemberprogrom von 1938.

Die wirtschaftliche Basis jüdischen Lebens in Deutschland war zerschlagen. Zwangs-„Arisierungen“, Kollektivstrafen, Entlassungen, Betätigungsverbote hatte den letzten Rest jüdischer Existenz liquidiert, die seit dem 1. April 1933 in ständigem Schrumpfen war. Viele der Männer, die im November in die Konzentrationslager geworfen wurden, waren freigelassen oder konnten unter der Bedingung befreit werden, innerhalb befristeter Zeit Deutschland zu verlassen. Aber wohin? Vor den ausländischen Konsulaten drängten sich tausende von Frauen um Visa, um Hilfe, um Rettung . . . Die einzige jüdische Organisation, von den Gemeinden und den Auswanderungsämtern abgesehen, die weiterhin tätig sein durfte, war das Theater des Jüdischen Kulturbundes in Deutschland. Für die Welt Shakespeares bedurfte es keines Visums. Ins Land der Phantasie gab

es keine Paßkontrolle — oder so schien es wenigstens.

Ein europäisches Theater, von Juden für Juden, in der Hauptstadt des Judenhasses zur Zeit des nationalsozialistischen Regimes. Wenn man die Bühnen des Jüdischen Kulturbundes, der 1933 in Berlin erstand und dann als Bewegung durch das Reich ging, in diesen Begriffen definiert, dann steht man vor einem politisch, kulturhistorisch und theatergeschichtlich einzigartigen Phänomen und darüber hinaus vor einer Erscheinung des jüdischen Geisteslebens in Deutschland, die von vielen Seiten her beleuchtet zu werden verdient <sup>1)</sup>.

### Der jüdische Beitrag zum deutschen Theater

Juden hatten entscheidend dazu beigetragen, das Gesicht des deutschen Theaters zu formen — von Otto Brahm um die Jahrhundertwende bis zu Max Reinhardt und Leopold Jeßner, von Emanuel Reicher und Rudolf Schildkraut bis zu den „stars“ der zwanziger Jahre; sie hatten das ihre getan, um den Bühnenstil zu beeinflussen, die Schauspielkunst zu entwickeln, dem Bühnenbild Richtung zu geben, der Theaterkritik Wege zu weisen, neue Autoren zu fördern. Und es war das jüdische Publikum, das einem intelligenten, fortschrittlichen Theater Stimulanz und Resonanz gab. Das galt nicht weniger für das Musikwesen, und unter denen, die 1933 das Dirigentenpult verlassen mußten, waren Bruno Walter, Otto Klemperer, Ignaz Waghalter, Fritz Stiedry und später Leo Blech. Auch die jüdischen Kunstwissenschaftler, Kunstmäzene, Kunsthändler, Kunstkritiker waren plötzlich „ausgeschaltet“ worden, nicht zu sprechen von bildenden Künstlern wie Max Liebermann, Lesser Ury, Hermann Struck, Emil Orlik, Eugen Spiro. Eine Fülle von produktiven und reproduktiven Kräften war ohne Übergang ihres Wirkungsfeldes beraubt, und gerade die reproduktive Kunst bedarf des Zuschauers, des Zuhörers, des Spielraums im wahrsten Sinne des Wortes. Dieses gewaltige Arsenal Kunstschaffender und Kunstempfangender suchte nach einem neuen Forum.

Viele wanderten aus, und manche fanden draußen in der Welt, was ihnen Deutschland versagte. Genug jedoch blieben, um ihre Orga-

1) Pult & Bühne, ein Almanach, herausgegeben vom Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland Joachim Goldstein Buchverlag, Berlin 1938.

nisierung notwendig zu machen und einen geistigen und sozialen Notstand zu beheben. So entstand der Jüdische Kulturbund. Was er tat, war noch von den Strahlen der untergehenden Sonne jüdischer Kunstleistung in Deutschland gefärbt: das letzte Abendlicht der großen Tage europäischen Judeseins lag noch über seinem Werk, das letzte Licht und der erste Schatten! Die Größe des Vermächtnisses, Maßstab eines verwöhnten, gebildeten Publikums, spornte sowohl an wie sie bedrückte, denn die technischen Mittel waren improvisiert, die finanziellen Möglichkeiten begrenzt, die politischen Gegebenheiten lähmend, und die ständige Abwanderung der künstlerischen Kräfte unterbrach jede Kontinuität.

Aber mit einer genialen Wendung, die den modernen deutschen Juden ein neues Moment brachte, entdeckten die Künstler das Experimentelle, Wagnishafte, Avantgardistische im „jüdischen“ Thema. Gerade sie, die auf deutschen Bühnen und Podien Kündler des Wortes und der Musik gewesen waren, hatten sich vom Judentum entfernt; sie waren zu weit in das Meer westlicher Kunst hinausgeschwommen, um noch Gefallen an jüdischer Tradition zu haben. Und plötzlich geschah das Paradoxe: von den öffentlichen Bühnen ausgeschlossen, aus den Konzertsälen verwiesen, aus den Kunstgalerien verbannt, suchten sie ihren künstlerischen Ausdruck im Jüdischen zu finden und zu letzten Definitionen und End-Deutung zu gelangen. Das geschah nicht in einer Zeit behaglicher Reflexion, sondern in jener Epoche des Druckes und der Verfolgung, die mit dem Judenboykott des April 1933 beginnt, zweieinhalb Jahre später in Nürnberg ihre gesetzliche Verankerung in der Ausbürgerung und Entrechtung der deutschen Juden findet und schließlich in den Flammen der Synagogen und in den Baracken der Konzentrationslager im November 1938 zum Ende kam. Gerade damals wurden die Fragen nach jüdischer Kunst, nach jüdischer Kultur, zu einer geistigen Lebensfrage. Läßt Kultur sich organisieren? Kann sie „gemacht“ werden, d. h., ist sie überhaupt ein Willensakt, oder muß sie in entsprechendem Boden und geeigneten „klimatischen“ Bedingungen langsam und organisch wachsen? Zum langsamen Wachstum war keine Zeit. Jetzt oder nie galt es, jüdische Inhalte und Formen in der Musik und auf der Bühne zu schaffen.

Wenn Thomas Mann im „Zauberberg“ sagen läßt, Musik sei politisch verdächtig, so dürfte auf das Theater zutreffen, daß es politisch verpflichtend ist. Es kann an der Politik — im weitesten Sinne — nicht vorbeigehen, weil selbst ein Vorbeigehen schon Stellungnahme

bedeutet. Theater muß bekennen. Unter allen Gestalten und Gestaltungen der Kulturbundbewegung hat deshalb die Bühne die lebhafteste Auseinandersetzung ausgelöst. Je nach dem Beschauer war das jüdische Theater in Deutschland der letzte Akt der deutsch-jüdischen Symbiose oder das Vorspiel zu einem eigenen, neuen Kulturwollen. Es empfing nicht viel Hilfe von draußen. Die wenigen Erzeugnisse hebräischer Dramatik in Palästina erwiesen sich meist als unzulänglich; aus der Fülle ostjüdischer Literatur kamen wertvolle Anregungen, aber viele der Werke waren unter bestimmten politischen, sozialen und psychologischen Voraussetzungen entstanden, die den deutschen Juden fehlten. Um das Repertoire des Schauspiels mehr als um das Programm der Oper und Konzerte entbrannte eine Art „Kulturkampf“: gibt es ein jüdisches Drama? Kann ein jüdisches Theater eigener Prägung in Deutschland entstehen? Für jüdische Deutsche oder für Juden in Deutschland? Diese Fragen hörten nicht auf, diskutiert zu werden, während sich von außen der Würgegriff enger und enger um die jüdischen Menschen schloß.

#### **Jüdisches Theater wird ins Ghetto verwiesen**

Die Jüdischen Kulturbünde der Jahre 1933 bis 1938 — in beschränktem Maße operierten sie bis zum Jahre 1941 — unterhielten drei Schauspielensembles, eine Oper, zwei Symphonieorchester, eine Kleinkunsthöhne, ein Theater für die jüdischen Schulen, einige Chöre, zahlreiche Kammermusikgruppen und veranstalteten darüber hinaus Vorträge und Kunstausstellungen. Etwa 2 500 Künstler — Schauspieler, Sänger, Instrumentalisten, Rezitatoren, Regisseure, Tänzer, Bildende Künstler — und vortragende Dozenten waren in ihrer Organisation zusammengefaßt und fast 70 000 Menschen in etwa 100 Städten bildeten das Publikum — der größte freiwillige Zusammenschluß von Juden in Deutschland.

Die Frage ist oftmals gestellt worden, was die Behörden veranlaßt hat, eine solche Organisation zu billigen. Die Motive sind komplex, und es wird später noch mehrfach auf sie hingewiesen werden. Damals, im Jahre 1933, schien es den Nazis, daß sie das Kulturwollen der Juden nicht über Nacht abdrosseln konnten — so legten sie einen „cordon sanitaire“ um ihre künstlerische Tätigkeit. Sie entfernten die Juden aus dem deutschen Kreis und hatten nichts gegen eine jüdische Auffangorganisation einzuwenden, solange sie unter Ausschluß der deutschen Öffentlichkeit funktionierte. Die Veranstaltungen des Kulturbundes waren nur Juden gegen Ausweis zugänglich. Die deutsche Presse, von behördlich inspirierten Ausnah-

men abgesehen, mußte darüber schweigen. In anderen Worten: die Behörden sahen nicht ungerne, daß die Juden aus eigener Kraft sich ein Haus für die Kunst bauten — sie konnten so leichter eine hohe Mauer von Verordnungen und Verboten um das Haus errichten, um es zum Gefängnis, zum Ghetto zu machen. Dieser Versuch der Ghettoisierung war nicht auf das Organisatorische allein abgestellt. Nicht weniger ausgeklügelt waren die Machinationen, den Juden den geistigen Boden zu entziehen. Eine Zensur, die sich ins Grotteske überschlug, legte es darauf an, Repertoire und Programme mehr und mehr einzuengen.

Aber was auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet gelungen war, scheiterte im Geistigen. Etwas geschah, daß die Nazis nicht einkalkuliert hatten: das Jüdische, auf das die Künstler gestoßen wurden, entwickelte sich unter ihren Händen zu einer neuen „literarischen Richtung“ und zu einer Klangbereicherung im Musikalischen. Mehr noch: in dem Haus, über die hohen Mauern hinweg — um im Bild zu bleiben —, öffneten die Juden Fenster, weite Fenster in die Welt. Solange sie konnten, spielten sie Beethoven und Mozart, Goethe und Lessing, Haydn und Händel, Shakespeare und Moliere, Ibsen und Shaw; denn eines waren sie entschlossen niemals aufzugeben: ihr Recht auf die Welt, ihr Recht an der Welt, an den Schätzen ihrer Genien genießend teilzunehmen.

Politisch waren sie Pariahs, wirtschaftlich enteignet, rechtlich schutzlos, gesellschaftlich deklariert — aber eines ließen sie sich nicht nehmen: zur Menschheit zu gehören. Die Behörden wollten den Kulturbund für ihre Zwecke mißbrauchen, aber er schlug andere Wege ein, als sie geplant hatten. Die Organisation zur Reglementierung der Kultur wurde ein moralisches Reservior und Elixier. Das Instrument zur Kulturdrosselung wuchs in ein Zentrum des geistigen Widerstandes. Nicht in der Freiheit des Spiels und Spielens, auch nicht in den Freiheiten des oben zitierten Autolykus lag der Widerstand, nicht einmal darin, der Gemeinheit die Schönheit entgegenzusetzen, dem „tausendjährigen“ Reich das Ewige im Bereich der Kunst —, sondern in der hartnäckigen Weigerung der deutschen Juden, ihre Bindung mit Europa aufzugeben, ihre geistige Tradition zu verleugnen, ihr Niveau zu erniedrigen.

Nicht alle, die am Werk des Kulturbundes teilhatten, waren sich dieser seiner Wirkung unmittelbar bewußt. Von den einen wurde „Europa“ nur zu oft mit Assimilation und Anbiederei verwechselt, von den anderen „Judentum“ als etwas von außen Dekretiertes, Aufgezwungenes angesehen. Allerdings muß man berücksichtigen, daß in öffentlichen Diskussio-

nen und in der jüdischen Presse jener Tage in einer verklausulierten Sprache gesprochen und geschrieben wurde, die heute nicht immer richtig interpretiert wird. Auch in den Äußerungen des Kulturbundes findet sich ein Stil, der verkrampft wirkt, weil man nicht sagen durfte, was man wollte, und zu formulieren versuchte, um trotzdem verstanden zu werden<sup>2)</sup>.

Wie gesagt, eine Reihe von Gründen, auf die noch zurückgekommen wird, hatte die Behörden bewogen, den Kulturbund gewähren zu lassen, und nicht alle diese Gründe waren rational. Rückblickend darf man feststellen, daß von offizieller Seite in jenen Jahren zwei Bewegungen unter den deutschen Juden gefördert wurden: die der Auswanderung und die des Kulturbundes. Zu seiner Gründung gaben die Behörden nur zögernd ihr Einverständnis und einflußreiche Parteikreise hatten starke Bedenken — aber aus Zögern wurde nach einiger Zeit bewußte Unterstützung und schließlich, Ende 1938, Befehl. Draußen wurde geplündert und gemordet: die Juden mußten Theater spielen. Die Vorstellungen auf der Bühne wurden zu Zwangsvorstellungen . . .

### Der Schrecken kündigt sich an

Das Jahr 1938 brachte eine rapide Verschlechterung der jüdischen Situation. Im Februar wurde eine Änderung im Wirtschaftsministerium vorgenommen, und Schacht durch Funk abgelöst, womit der Druck der Partei und der Arbeitsfront auf eine Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben sich verstärkte. Der im März erfolgte Anschluß Österreichs, der 200 000 Juden zu Opfern von Expropriationen und anderen Willkürakten machte, erschütterte die ohnedies labile Lage der Juden im alten Reichsgebiet. Im April erfolgte die Registrierung des gesamten jüdischen Eigentums, und wer darin noch nicht die Schatten kommender Maßnahmen erkannte, konnte den immer militanter und rabiater werdenden Ton der offiziellen Presse nicht überhören. Das Sprachrohr der SS, „Das Schwarze Korps“, forderte in einer berüchtigten Serie von drei Artikeln<sup>3)</sup> die Enteignung der Juden, die Zer-

2) Leo Strauß, *Persecution & the Art of Writing*, The Free Press Publishers, Glencoe, Ill., 1952: „Persecution . . . gives rise to a peculiar technique of writing . . . in which the truth about a crucial thing is presented exclusively between the lines . . . It has all the advantages of private communication without having its greatest disadvantage — that it reaches only the writers acquaintances. It has all the advantages of public communication without having its greatest disadvantage — capital punishment for the author“ (Seite 25).

3) 23 Juni 1938; 27. Oktober 1938 und 3. November 1938.

störung ihres Besitzes durch Plünderung und ihre Liquidierung als Wirtschaftsfaktor.

Im Sommer jenes Jahres begannen die ersten Übergriffe auf Synagogen — die in Nürnberg wurde niedergerissen, und die in München und Dortmund mußten zwangsveräußert werden. Die Gerüchte über fieberhafte Erweiterungsbauten der Konzentrationslager von Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau wollten nicht verstummen. Dies alles spielte sich in der beklemmenden Atmosphäre der internationalen Krise ab, die eine akute Kriegsgefahr beschwor und schließlich, im September, im Münchener Abkommen mündete. Der diplomatische Sieg der Nationalsozialisten hatte einen niederschmetternden Effekt auf das deutsche Judentum, das sich nunmehr schutzlos der vollen Wucht feindseliger Aktionen ausgesetzt sah. Sie ließen nicht lange auf sich warten.

Im Oktober hatte die polnische Regierung ihren in Deutschland lebenden jüdischen Staatsangehörigen ihrer Pässe verlustig erklärt, und drei Wochen später deportierten die Deutschen ungefähr 15 000 polnische Juden, die meisten von ihnen Männer, nach Polen. Die polnischen Grenzbehörden waren indessen angewiesen, die nunmehr technisch „Staatenlosen“ zurückzuweisen, und es entwickelte sich ein Kleinkrieg zwischen deutschen und polnischen Grenzbeamten, den man als grotesk hätte bezeichnen können, wären nicht Menschen das Streitobjekt gewesen, die unter qualvollen Bedingungen irgendwo im Niemandsland tagelang warten mußten, bis sie schließlich über die „Grüne Grenze“ nach Polen abgeschoben oder mit Hilfe irgendwelcher Tricks auf polnisches Gebiet befördert wurden. Auch vom technischen Personal und den Chormitgliedern des Kulturbundes waren einige unter ihnen.

Unter solchen Vorzeichen begann die Spielzeit der jüdischen Theater, die in dieser Form ihre letzte werden sollte. Hatte in jenen Wochen und Monaten, da nur noch das zentrale Problem des Hinaus, der Auswanderung und ihrer Vorbereitung, dominierend war, überhaupt irgendein anderer Gedanke noch Platz? Mußte nicht als Luxus erscheinen, was einst unentbehrlich war?

Da brachte die Jüdische Rundschau eine Erklärung, die den Schlußstrich unter eine fünfjährige Entwicklung setzte: der einst so kritische Mentor sah nunmehr im Kulturbund das einzige Instrument gegen den drohenden geistigen Zusammenbruch, der eine Panik nach sich gezogen hätte <sup>4)</sup>.

„... Für die, die noch hier sind, darf die Meinung nicht gelten, daß der Kulturbund ein Luxus sei. Neben der Sorge um das Visum und Vor-

zeigegeld darf, ja muß die Sorge um das geistige Selbst stehen, das zwischen den Mühlsteinen des Existenzkampfes und des Ringens um die Auswanderung nicht zerrieben werden darf.

Gegen dieses seelische Zerriebenwerden, gegen dies geistige Stumpfwerden, hat die Judenheit in Deutschland und in Berlin ein einziges Rüstzeug: den Jüdischen Kulturbund.“

In jenen Tagen rief der Kulturbund noch einmal zu einer Werbeversammlung. Tausende von Menschen drängten sich im riesigen Raum der Synagoge Oranienburgerstraße. Es war wohl niemand unter ihnen, der nicht fühlte, daß es sich hier um etwas Außerordentliches handelte <sup>5)</sup>. Heinrich Stahl sprach, Max Nußbaum, Kurt Singer. Das Orchester spielte Tschaikowski und Mendelssohn.

In jenen Tagen fand auch die konzertante Uraufführung der Oper „Die Chaluzim“ von Jacob Weinberg statt, unter Leitung von Chemja Winawer, der bereits mit seinem Chor dem jüdischen Musikleben seinen Stempel aufgedrückt hatte. Es war ein regnerischer Tag, aber viele hunderte mußten umkehren, weil die große Synagoge Prinzregentenstraße bis auf den letzten Platz gefüllt war. Das Publikum ging so stark mit, daß die bei Aufführungen in einem Gotteshaus sonst nicht üblichen Beifallsäußerungen durchbrachen und sich am Schluß zu stürmischen Kundgebungen steigerten <sup>6)</sup>.

„Woher den Mut nehmen zur weiteren Mühe im jüdischen Kulturkreis? Wie sollen wir die Menschen noch an unsere theatralische, konzertante Arbeit fesseln? Vor welchen Menschen sollen wir spielen, da alle nur den einen Wunsch haben: hinaus!“, fragte Singer <sup>7)</sup>. Knapp vier Jahre zuvor hatte er zukunftsgläubig und optimistisch erklärt: „Ad multos annos!“ <sup>8)</sup>.

In der letzten Nummer der Zeitschrift des Reichsverbandes hieß es:

„Der Kulturbund geht in den bisher schwersten Winter seiner Existenz. Der Liquidationsprozeß des Judentums in Deutschland hat derart rasante Formen angenommen, daß alle Positionen, auf die sich unsere Arbeit stützen konnte, ins Wanken gekommen sind. Werte, um die eben noch gestritten wurde, sind illusorisch geworden; es geht nicht mehr um den künstlerischen Wettstreit der einzelnen Bünde, sondern um Sein oder Nichtsein überhaupt . . . Gefährlicher noch als der Mitgliederschwund ist die Resignation und Mutlosigkeit. Wir wissen, wie die beruflichen Sorgen und die Vorbereitung der Auswanderung jeden einzelnen beschäftigen und absorbieren. Aber trotz aller Anstrengungen um die Auswanderung werden diesen Winter in zahlreichen Gemeinden

5) Ibid., 23. September 1938.

6) Ibid., 9. September 1938.

7) Mitteilungen des Reichsverbandes, August 1938.

8) Almanach des Jüdischen Kulturbundes 1934/35.

4) Jüdische Rundschau, 2. September 1938.

noch genügend Juden vorhanden sein, zu denen der Kulturbund sprechen muß.“<sup>9)</sup>

Die jüdischen Theater begannen wieder: der Vorhang hob sich in Köln und Hamburg, Tournees wurden geplant und setzten sich in Bewegung, Solisten begaben sich auf Gastspielreisen. In Berlin eröffnete die Spielzeit mit Ibsens „Gespenstern“ auf der Kulturbundbühne, und mit einem altspanischen Lustspiel „Donna Diana“ im „Theater der Jüdischen Schulen“, und die Kleinkunsthöhne lud zu einer neuen Revue ein. „Auf die Frage, ‚Brauchen wir ein Theater?‘, gibt es als Antwort nur ein klares, unmißverständliches ‚Ja‘ . . . Man müßte, wenn es nicht schon existierte, sofort ein Theater für uns schaffen.“<sup>10)</sup>

### Die Synagogen brennen

Am 3. November ging im Berliner Kulturbund ein schottisches Studentenspiel „Regen und Wind“ von Merton Hodge erstmalig in Szene. Vier Tage später, am Montag, den 7. November, schoß der junge Jude Herschel Grünspan auf den Legationsrat der deutschen Botschaft in Paris, Herrn vom Rath. Die Abendzeitungen brachten die Nachricht an unscheinbarer Stelle. Aber am nächsten Morgen, nach telefonischen Instruktionen des Propagandaministeriums, wurde in dicken Schlagzeilen das gesamte deutsche Judentum für die Tat verantwortlich gemacht<sup>11)</sup>.

Es war ein sonniger Morgen. Spätherbst lag über der Stadt. Im Theater in der Kommandantenstraße wurde geprobt. Irgendwelche Zweifel, ob die Probe stattfinden sollte, wurden von Oberspielleiter Wisten zerstreut. Die Routine mußte weitergehen; das Dezemberstück „Benjamin — Wohin?“ vorbereitet werden. Fritz Wisten hatte die Regie. Er war gebürtiger Wiener, an den Kulturbund vom Stuttgarter Landestheater gekommen, ein Schauspieler mit Leib und Seele und imstande, Menschen auf der Bühne zu führen.

Mitten in die Probe kam atemlos der Inspizient. „Herr Oberspielleiter, Dr. Levie bittet Sie dringend in sein Büro“. In Abwesenheit von Dr. Singer, der sich auf einer Besuchsreise in den Vereinigten Staaten befand, führte Dr. Levie die Geschäfte des Hauses. Wisten liebte es nicht, in einer Probe unterbrochen zu werden.

„Was ist denn schon wieder, ich habe jetzt Probe, ich bitte, auf meinen Proben nicht gestört zu werden“, antwortete er. Aber dann

9) Mitteilungen des Reichsverbandes, August 1938.

10) Jüdische Rundschau, 2. September 1938.

11) Lionel Kochan, Pogrom, Pogrom, André Deutsch, London 1957.

fiel ihm ein, was die Morgenzeitungen geschrieben hatten, und er murmelte schon im Gehen: „Vor lauter Verwaltungsarbeit kommt man nicht zum Spielen.“

Alles wartete gespannt auf seine Rückkehr. Er kam bald, und seine Stimme war gar nicht mehr tönend, als er sagte: „Aufhören. Das Ministerium hat soeben das Theater geschlossen. Gehen Sie bitte nach Hause.“ Und da sich niemand bewegte, fügte er hinzu, in einer fast jugenhaften Anwandlung: „Wir haben hier bis zum letzten Augenblick unsere Pflicht getan. Sie werden alle verständigt, sobald wir etwas hören.“ Gleichzeitig mit dem Kulturbund wurde die Tätigkeit sämtlicher jüdischer Institutionen und Organisationen eingestellt.

In der Nacht vom 9. zum 10. November geschah es. Nach 1 Uhr sammelten sich vor den Kneipen, in denen Feiern zum 15. Jahrestag des November-Putsches gemischt mit Trauerkundgebungen für Herrn vom Rath, der am Nachmittag seinen Verletzungen erlegen war, abgehalten wurden, Trupps von SA-Leuten, planvoll über die Stadtbezirke verteilt. Jeder der Truppführer hatte ein Verzeichnis der jüdischen Häuser, Geschäfte und Betriebe seines Bezirks. Zwischen 1 Uhr nachts und 4 Uhr morgens, als die Straßen leer waren und die Bürger schliefen, „tobte sich die kochende Volkseele aus“, wie es in den Presseberichten des nächsten Tages hieß. In jener Nacht wurden die Synagogen in Brand gesteckt — 267 Synagogen<sup>12)</sup>.

Die Synagogen brannten! Wie ein Fanal stieg ihre Feuersäule auf, von Österreich bis an die Nordsee — die Synagogen brannten, und 48 Stunden lang brauste eine Orgie der Zerstörung über das Land hinweg. 30 000 jüdische Männer wurden in die Konzentrationslager verschleppt. Jüdische Geschäfte wurden geplündert und zerstört, die Büros jüdischer Anwälte zertrümmert, die Sprechzimmer jüdischer Ärzte demoliert.

Der Reichstagsbrand von 1933 war das Feuerzeichen der nationalsozialistischen Revolution; der Synagogenbrand von 1938 wurde das der Kursänderung in der Judenpolitik. Nachdem eine geordnete Auswanderung für ihre Pläne zu langsam war, gingen die Nazis daran, durch wirtschaftlichen Terror, durch eine exorbitante Kollektivstrafe, durch Lahmlegung des jüdischen Gemeinschaftswesens und durch Grausamkeiten an Leib und Leben die Juden zur panikartigen Flucht zu zwingen.

12) Ibid., S. 59.

## Das jüdische Theater soll fortbestehen

Am 12. November erhielten Dr. Werner Levie, sowie die Mitglieder des Präsidiums des Reichsverbandes der Jüdischen Kulturbünde, Benno Cohn und Dr. Max Wiener, eine Vorladung zu Hinkel \*).

„Wir dachten, es würde eine Erklärung gegen die ‚Greuelpropaganda‘ von uns verlangt werden“, berichtete Benno Cohn <sup>13)</sup>, und beschreibt die Begegnung:

„Hinkel empfing uns mit seinem gesamten Stab stehend, machte eine Pause und teilte uns dann mit <sup>14)</sup>:

„Ich habe Ihnen namens des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda zu eröffnen:

1. Den Juden ist künftig untersagt, öffentliche Theater, Kino, Konzerte und Kabarets zu besuchen.

2. Der Jüdische Kulturbund hat mit sofortiger Wirkung seine Tätigkeit wieder aufzunehmen.“

Wir rangen nach Fassung, so überrascht waren wir. Dann sagte Dr. Levie sehr ruhig: „Herr Reichskulturverwalter, die deutschen Juden haben im Moment andere Sorgen, als ins Theater zu gehen. Zehntausende sitzen im Konzentrationslager. Mein Oberspielleiter ist verhaftet. Glauben Sie, daß Juden ins Theater kommen werden, auf die Gefahr hin, in einer Razzia festgenommen zu werden?“

Hinkel beriet sich mit seinen Assistenten. Dann kam die Antwort: „Ich werde sofort alle Anweisungen geben, damit Sie pünktlich anfangen können. Sie haben zu spielen. Reichen Sie eine Liste der Schauspieler ein, die mitwirken werden.“

Ich antwortete: „Wir können in keiner Weise garantieren, daß wir spielen können. Haben wir die Möglichkeit, mit Ihnen über die durch die neuesten Ereignisse entstandene Lage sprechen zu können?“

Antwort: „Ich bedaure sehr, mein Auftrag erstreckt sich lediglich auf das Gebiet der Kultur.“

Waren die Nazis vom Unwillen der zivilisierten Welt betroffen und suchten sie als nächsten Schachzug nach einer Geste der „Toleranz“? Und war der Kulturbund wiederum zum Instrument dieser Politik ausersehen? Am gleichen Abend brachte die Presse den ministeriellen Erlaß, der Juden vom Besuch öffentlicher

\*) Hans Hinkel wurde nach der Machtübernahme Staatskommissar im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Als solchem unterstand ihm der „Kulturbund Deutscher Juden“. Seit Juli 1935 war er „Sonderbeauftragter für die Überwachung und Beaufsichtigung der Betätigung aller im deutschen Reichsgebiet lebenden nicht-arisches Staatsangehörigen auf künstlerischem und geistigem Gebiet“ im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

13) November 1938, von Benno Cohn, niedergelegt bei Yad Vashem, The Central Archives for the Disaster & Heroism, Jerusalem.

14) Hinkel hatte sonst immer Vertreter des Jüdischen Kulturbundes zum Sitzen aufgefordert. Da dies angesichts der neugeschaffenen Lage nicht mehr möglich war, blieb er selbst stehen.

Kunst- und Unterhaltungsstätten (Theater, Konzerte, Kino, Kabarett, etc.) ausschloß. Das war ein Samstag. Am folgenden Montag ließ Dr. Levie seine Mitarbeiter, soweit er sie erreichen konnte, ins Theaterbüro zusammenrufen.

Es war ein klarer, durchsichtiger Morgen. Die Kommandantenstraße hallte vom Lärm der Autobusse und Straßenbahnen wider. Die jüdischen Läden, mit ausgeschlagenen Schaufenstern, waren mit Brettern versperrt. Der Bühneneingang zum Theater war verschlossen. Nur eine kleine Pforte, die vom Hof aus auf eine Wendeltreppe führte, war offen. In dieser Orgie der Zerstörung, die nicht die Gotteshäuser verschont hatte, war das jüdische Theater unangetastet geblieben.

Dr. Levie berichtete von der Unterredung mit Hinkel und verlas folgendes Schreiben:

„Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda

Geschäftszeichen II A 20 970,

Berlin W 8, den 14. November 1938

An den Reichsverband der Jüd. Kulturbünde, Berlin SW 19, Stallschreiberstraße

Betrifft: Aufhebung des Verbots jüdischer Kulturveranstaltungen.

Hiermit hebe ich mit sofortiger Wirkung das bestehende Verbot jüdischer Kulturveranstaltungen für alle Theater-, Konzert-, Film- und Kleinkunstveranstaltungen auf. Das Verbot von Vorträgen aller Art im jüdischen Kulturbereich bleibt bestehen.

Das Erscheinen der Mitteilungsblätter und Programmhefte der jüdischen Kulturbünde wird mit sofortiger Wirkung freigegeben mit der Maßgabe, daß sie keine Artikel, sondern lediglich Programme und Bekanntmachungen, die von meiner Dienststelle genehmigt sind, enthalten dürfen.

Im Auftrag, gez. Hinkel.“ <sup>15)</sup>

Dr. Levie fügte hinzu, daß er unter dem Schutz, den ihm zu einem gewissen Maße sein Paß

15) Die Mitarbeiter erhielten Fotokopien des Erlasses, mit folgendem Begleitschreiben:

Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland, Berlin SW 68, Stallschreiberstraße 14. Berlin, den 15. November 1938. Dr. L/F

In der Anlage überreiche ich Ihnen einen Brief des Herrn Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda in Fotokopie. Sie ersehen daraus, daß mit sofortiger Wirkung die Wiedereingangssetzung der Jüdischen Kulturbünde genehmigt und erwünscht ist.

Ich fordere Sie hiermit auf, sich für alle Arbeiten, die zur Inbetriebsetzung des Jüdischen Kulturbundes Berlin notwendig sind, zur Verfügung zu halten, da Sie dringend benötigt werden, und sich zwecks Inempfangnahme von Aufträgen täglich 10 Uhr früh im Büro des Jüdischen Kulturbundes, Kommandantenstraße 57, zu melden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Reichsverband der Jüd. Kulturbünde in Deutschland  
i. A. Levie

Dieses Schreiben stellte eine Art „Schutzbrief“ dar und es war so formuliert, daß seine Träger eine gute Chance hatten, bei neuen Razzien nicht verhaftet zu werden.

bot — er war holländischer Staatsbürger — argumentiert habe, mit der wirtschaftlichen Zerstörung der deutschen Judenheit sei dem Kulturbund die materielle Basis genommen; darauf deutete Hinkel an, daß das Ministerium gewillt sei, neben der Milliardenbuße, die man den Juden auferlegt hatte, jeden gewünschten zusätzlichen Betrag in der gleichen Weise aufzubringen, um das Theater wieder „flott“ zu machen. Als Dr. Levie von den Kollegen im Konzentrationslager sprach, ohne die der Betrieb nicht weitergeführt werden könne — Fritz Wisten, Mitglieder des Orchesters, der erste Beleuchter, und andere —, habe das Ministerium zugesagt, jeder Reklamation seitens des Kulturbundes stattzugeben und sofort die notwendigen Enthaltungsanträge zu stellen.

„Die Anforderung erfolgte so prompt, daß manche Schauspieler nachts um 3 Uhr in den Baracken geweckt und sofort der Prozedur der Entlassung unterworfen wurden.“<sup>16)</sup>

### Dramatis personae in einer tragischen Farce

Vorhang auf — die Juden sollen Theater spielen! Eine Welle der Empörung ging durch die kleine Versammlung an jenem Montag morgen. Aber es wäre selbstmörderisch gewesen, dem Befehl zu widersprechen; und außerdem, hier gab es eine Möglichkeit, den verhafteten Kollegen zu helfen. Nur die Wahl des Stückes war frei. Julius Bab, in dessen gütigen Augen es wetterleuchtete, schlug „Charley's Tante“ vor: vielleicht würde so der Widersinn ihrer Situation eklatant werden. Aber eine solche Wahl wäre als Provokation aufgenommen worden — die sie ja im Grunde darstellte — und hätte damit ihren Zweck zunichte gemacht. Direktor Zanders Vorschlag ging dahin, ein Stück zu finden, das dem „Ernst der Lage“ entspräche. Kein Stück konnte der tragischen Farce gerecht werden, in der sie die dramatis personae waren. Schließlich einigte man sich, mit der Aufführungsserie fortzufahren, die am 8. November abgebrochen worden war, nämlich mit dem schottischen Studentenspiel „Regen und Wind“.

Natürlich fragte man sich im Flüsterton, was die Regierung veranlaßt habe, von allen jüdischen Körperschaften gerade und nur den Kulturbund wieder zu erlauben, mehr noch: ihn zu zwingen, seine Tätigkeit sofort wieder aufzunehmen. Vielleicht war dafür gar kein politischer Grund maßgebend, sondern nur die Tatsache, daß es eine Abteilung im Ministerium gab, die sich fast ausschließlich mit dem Kulturbund befaßte, ein aufgeblasener Organismus, der zum Selbstzweck geworden war

und sein *raison d'être* nicht verlieren wollte. Möglich auch, daß Hinkel fürchtete, man würde ihn bei der Delegation in einen neuen Aufgabenkreis „kaltstellen“ wollen und er hoffte, daß der Ausschluß des jüdischen Publikums vom allgemeinen Theater- und Kinobesuch die Wichtigkeit des Kulturbundes und damit seiner eigenen Stellung erhöhen würde — aber man kann nicht mehr als die Motive raten.

Die Stimmen der jüdischen Gemeinden und zentralen Organisationen, der Lehrhäuser und Presse waren zum Schweigen gebracht: allein das jüdische Theater begann noch einmal — seine letzte, gespenstische Epoche.

Die Premiere von „Regen und Wind“ hat ihresgleichen nicht — selbst nicht in den bewegten Annalen der Theatergeschichte. Die Portale des Theaters in der Kommandantenstraße waren weit geöffnet. Das Halbrund des Parketts und Ranges strahlte im alten Glanz. Die Kronen an der Decke leuchteten auf, und Platzanweiserinnen in schmucken Uniformen standen im Foyer und auf den roten Teppichen, die zu den Logen führten. Zu Hause warteten Frauen auf Nachricht von ihren verschleppten Männern und Söhnen; zu Hause saßen Menschen auf den Trümmern ihrer Existenz — und hier im jüdischen Theater gingen die Lichter wieder an.

Die Routine des Betriebes ließ kaum einen Unterschied gegenüber einer „normalen“ Vorstellung erkennen. Geschäftig liefen die Garderobiers hin und her, und vor ihren Spiegeln schminkten sich die Spieler. Trotzdem war etwas da, das eine unheimliche Spannung verriet: die Stelle in den sonst so lauten Ankleideräumen. Niemand lachte, niemand schimpfte. Hatte jemand etwas zu sagen, so sagte er es im Flüsterton. Nur wenige Besucher waren gekommen, meistens Frauen und alte Leute<sup>17)</sup> — und natürlich drei Männer, Aktenmappen unterm Arm, die unvermeidliche Delegation der Gestapo.

Schließlich ging der Vorhang auf und das Lampenlicht zeigte den Salon einer schottischen Studentenspension, mit einem Kamin, in dem ein gemütliches Feuer flackerte. Am Anfang zitterten die Stimmen der Schauspieler ein wenig, als die Scheinwerfer ihre Gesichter erhellten, aber bald erfaßte sie die Magie der Bühne, und sie spielten einen Sektrausch nach einer Ballnacht. Das Grammophon schnarrte einen Rumba, sie lachten und tanzten — in ihrer Welt des Scheines und Gaukelspiels, eine Woche nach dem Pogrom.

16) November 1938, von Benno Cohn, Yad Vashem, siehe Anmerkung 11.

17) „Wir unsererseits gaben die Flüsterparole aus: nicht hingehen. Es wurde vor 110 Zuschauern gespielt“ — *Ibid.*